

# Jahresbericht 2003



**Hannah-Arendt-Institut**

für Totalitarismusforschung e.V. an der  
Technischen Universität Dresden

# Inhalt

1.	Das Hannah-Arendt-Institut	2
1.1	Allgemeine Präsentation	2
1.2	Aus dem Berichtsjahr	2
2.	Neuerscheinungen	5
3.	Forschungsprojekte	8
3.1	Theoretische und konzeptionelle Grundlagen der Diktatur- und Freiheitsforschung	8
3.2	Autoritäre und totalitäre Diktaturen	9
3.3	Herausforderungen der Demokratie, politischer Extremismus	12
3.4	Sachsen unter zwei Diktaturen	13
4.	Arbeitstagungen und Konferenzen	16
5.	Hannah-Arendt-Seminar	25
6.	Pressestimmen aus dem Berichtsjahr	26
7.	Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	29
7.1	Vorstellung	29
7.2	Lehrtätigkeit	36
7.3	Veröffentlichungen	36
7.4	Vorträge	39
8.	Technische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	42
9.	Bibliothek	43
10.	EDV und Internet	43
11.	Gremien	44
12.	Personal und Finanzen	44

## 1. Das Hannah-Arendt-Institut

### 1.1 Allgemeine Präsentation

Die Idee zur Einrichtung des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung e. V. an der Technischen Universität Dresden wurzelt in der beinahe 60jährigen, doppelten Diktaturerfahrung Ostdeutschlands und im aufklärerischen Impuls der friedlichen Revolution von 1989/90. Kurz nach der deutschen Vereinigung und der Gründung des Freistaates Sachsen fasste der Landtag den Beschluss zum Aufbau des Instituts. 1993 konnte es seine Arbeit aufnehmen. Die Namensgebung ist Reverenz an die deutsch-amerikanische Philosophin und Politikwissenschaftlerin Hannah Arendt (1906–1975), die mit ihrem Werk eindringlich vor Augen geführt hat, dass Diktaturen mit totalitärem Verfügungsanspruch die Substanz des Politischen schlechthin zerstören.

Die Satzung vom 5. April 1995 umreißt die Leitidee des Hannah-Arendt-Instituts: Seine Aufgabe ist es, in Zusammenarbeit mit der Technischen Universität Dresden „in interdisziplinärer Arbeit von Historikern und Sozialwissenschaftlern die politischen und gesellschaftlichen Strukturen von NS-Diktatur und SED-Regime sowie ihre Folgen für die Gestaltung der deutschen Einheit zu analysieren; zeitgeschichtliche Forschung und Dokumentation unter besonderer Berücksichtigung totalitärer Systeme und Strukturen sowie des Widerstandes von Bewegungen, Gruppen, Parteien und Organisationen sowie von Einzelpersonen gegen Gewaltherrschaft zu betreiben und die Ergebnisse der Öffentlichkeit zugänglich zu machen; zu Einzelfragen der regionalen und überregionalen Zeitgeschichte gutachterlich Stellung zu nehmen und sich für Initiativen einzusetzen, die dem Entstehen totalitärer Strukturen entgegenwirken; das Andenken an die Opfer der NS-Diktatur und des SED-Regimes bewahren zu helfen und durch wissenschaftliche Untersuchungen zu unterstützen“.

Das Hannah-Arendt-Institut betreibt empirische Diktaturforschung in theoriebildender Absicht. Es widmet sich vor allem der systematischen Untersuchung des Kommunismus und des Nationalsozialismus. Als Weltanschauungsdiktaturen haben sie das zwanzigste Jahrhundert entscheidend geprägt; ihre Folgen sind Hypothesen für Gegenwart und Zukunft. Den Forschungen liegt eine Konzeptualisierung totalitärer Herrschaft zugrunde, die neben den ideologischen, politischen und repressiven Elementen dieser Jahrhundertphänomene auch das komplexe Beziehungsgefüge von Diktatur, Gesellschaft, Ökonomie und Kultur zum Gegenstand der Analyse macht. Vergleichende Perspektiven auf andere staatssozialisti-

sche Systeme ergänzen die Untersuchungen zur SED-Diktatur. Ein Schwerpunkt liegt auf der Darstellung der Geschichte Sachsens in zwei aufeinanderfolgenden Diktaturen und der Entstehung des Freistaates in der friedlichen Revolution von 1989/90. Die kritische Auseinandersetzung mit dem politischen Extremismus in Geschichte und Gegenwart ist Bestandteil der Tätigkeit der Dresdner Forschungseinrichtung.

Das Hannah-Arendt-Institut versteht es als seine Aufgabe, zu einer Sichtweise diktatorischer Herrschaft beizutragen, die den charakteristischen, prinzipiell unlimitierten Versuch der Steuerung und Kontrolle von Staat, Wirtschaft, Gesellschaft und Individuum ebenso umgreift wie die soziale und ökonomische Bedingtheit der jeweiligen Regime.

### 1.2 Aus dem Berichtsjahr

Am 15. April 2003 übergab Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Oberreuter, der das Institut interimistisch geleitet hatte, die Amtsgeschäfte an den neuen Direktor, Prof. Dr. Dr. Gerhard Besier. Der bekannte Religionswissenschaftler und Kirchenhistoriker war nach einem gemeinsamen Berufungsverfahren des Hannah-Arendt-Instituts und der Technischen Universität Dresden von der Universität Heidelberg nach Dresden gekommen. Das Amt des Direktors des Hannah-Arendt-Instituts ist mit einem universitären Lehrstuhl für Totalitarismusforschung verbunden.

Anlässlich des zehnjährigen Bestehens des Instituts zog der neue Direktor eine Bilanz der bisherigen Arbeit und präziserte die eigenen Vorstellungen zur weiteren inhaltlichen Profilierung: „In seiner von den ‚Gründungsvätern‘ von vorneherein so gewollten, interdisziplinären Zusammensetzung und seiner Aufgabenbeschreibung ist das Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung eine singuläre Einrichtung in Deutschland. Historiker, Politologen, Philosophen, Natur-, Geistes- und Sozialwissenschaftler untersuchen gemeinsam die Bedingungen für die Entstehung, die Aufrechterhaltung und den Zusammenbruch von Diktaturen, und sie suchen Faktoren namhaft zu machen, welche die Bildung und Festigung demokratischer Verfassungsstaaten fördern. Sie analysieren die Übergänge von totalitären oder autoritären Systemen in offene, demokratische Gesellschaften. Entsprechend ihrer wissenschaftlichen Biographie und Professionalisierung setzen die Mitarbeiter des Instituts methodologisch, methodisch und inhaltlich unterschiedliche Schwerpunkte: Neben der systematischen Durch-

dringung der theoretischen Voraussetzungen nehmen empirische Studien, sowohl auf regionalgeschichtlicher als auch auf nationaler und europäischer Ebene, einen breiten Raum ein. Trotz des unterschiedlichen Zugriffs entstehen in der interdisziplinären Kooperation multiperspektivisch orientierte Studien mit hoher Erklärungskraft für vergangene wie aktuelle Phänomene und Konstruktionen. Von diesen Integrationsleistungen des Instituts soll unsere offene Gesellschaft profitieren.

Ein Schwerpunkt der wissenschaftlichen Arbeit gilt den theoretischen und begrifflich-systematischen Grundlagen der Totalitarismusforschung. Die begriffsgeschichtlichen Skizzen und methodologischen Hinweise mitsamt ihren inhaltlichen Implikationen illustrieren, dass sich das Hannah-Arendt-Institut bei seiner Ideologieforschung ganz selbstverständlich jeglicher Ideologisierung enthält, aber rücksichtslos, in der unmittelbaren Bedeutung des Wortes, nachfragt. Gerade wer seine Forschungsergebnisse für die politische Bildungsarbeit fruchtbar werden lassen möchte – und das ist ein erklärtes Ziel des Hannah-Arendt-Instituts –, darf in den Begründungszusammenhang seiner Argumentationen keine ‚volkspädagogischen‘ Interessen einfließen lassen. Wissenschaftliche Erkenntnisprozesse verzichten auf jeglichen Versuch einer umfassenden Welterklärung – zugunsten von zwar eingeschränkten, dafür aber präzisen Beschreibungen ihres Gegenstandes. Bei der Analyse früherer Konzepte wie bei ersten Ansätzen von Neukonzeptualisierungen des in sich facettenreichen ‚Totalitarismusparadigmas‘ geben die wissenschaftstheoretische Schule des kritischen Rationalismus (Popper, Albert u. a.) sowie natürlich auch die Namensgeberin des Instituts wichtige theoretische Denkhilfen. Die wissenschaftstheoretische Orientierung an den Großen der Emigration hat Gründe. Nicht zuletzt liegen sie in dem Entdeckungszusammenhang, der diese Persönlichkeiten zu den Urteilsbildungen über totalitäre Regime geführt hat. Die Erfahrungen mit den totalitären Systemen haben Hannah Arendt und andere zu einer ‚grundlegend skeptischen Haltung gegenüber den Axiomen der historischen Vernunft, d. h. den Ideen der Kontinuität, der Kausalität und des Fortschritts‘ (Claudia Althaus) geführt. Sie suchen nicht mehr ‚nach vorschnellen ‚Aufhebungen‘ der Kontingenzerfahrungen, d. h. der individuell erlebten Einbrüche in die Synthese eines das eigene Dasein transzendierenden Kontinuums‘. Die Einübung in ‚Kontingenztoleranz‘ gehört darum zu den wichtigsten prophylaktischen Maßnahmen gegen die Faszination totalitärer Sinnstiftungssysteme. So sehr im Diskurs die Geschichten über sinnverbürgende Freiheitsmomente ins Bewusstsein der Zeitgenossen gehoben werden sollen, muss gleichzeitig die Fragilität von Freiheit ein

Mahnmal gegen utopische Höhenflüge bleiben: ‚the metaphysical place for God has remained empty‘ (Hannah Arendt).

Ein zentraler Forschungsschwerpunkt des Instituts ist die Erforschung der ‚Friedlichen Revolution‘ und die Bildung des Freistaates Sachsen. Unter Berücksichtigung regionaler Besonderheiten wurden und werden die revolutionären Transformationsprozesse wie die Transition hin zu einer föderalen und pluralen gesellschaftlichen Struktur nachgezeichnet und analysiert. Diktaturen können – nicht zuletzt ihrer materiellen und ideellen Verheißungen wegen – große Menschenmassen in ihren Bann ziehen und viele Einzelne zu Überzeugungstätern werden lassen. Sie tragen die Verantwortung für die vielfältigen Formen von Unterdrückung, denen die Untertanen, besonders aber resistente Minoritäten, alltäglich ausgesetzt sein können. Den verschiedenen Formen von politischer Repression und Selbstbehauptung unter dem SED-Regime widmete das Hannah-Arendt-Institut eine Reihe von Studien.

Seit Mitte der 90er Jahre befasste sich das Institut darüber hinaus mit der sowjetischen Repressionspolitik gegenüber Deutschen – Kriegsgefangenen wie Zivilisten. Auf diesem Arbeitsfeld sind – in Kooperation mit russischen Kollegen – ebenfalls gewichtige Forschungsarbeiten erschienen, die zum Teil auf der Auswertung von bis dahin unveröffentlichten Quellen aus russischen Archiven basieren. 2001 erschien der erste Teilband einer systematischen Analyse der Verurteilung deutscher Kriegsgefangener und Zivilisten durch sowjetische Militärtribunale.

Ein weiterer Forschungsschwerpunkt des Instituts liegt auf der ‚Geschichte von Industrie, Technik und Naturwissenschaft in der SBZ/DDR‘. Die hierzu in unserem Haus erschienenen Einzelstudien belegen das ungeheuerere Ausmaß an Täuschungspotential, das mobilisiert werden musste, um im Inneren und nach außen eine technologisch-ökonomische Erfolgsstory zu simulieren. Obwohl gerade in diesem Bereich der DDR-Witz blühte und Beobachter zumal aus der alten Bundesrepublik zu vorsichtigen Urteilen hätte gemahnen können, fielen Multiplikatoren aus dem Westen vielfach auf die Potemkinschen Dörfer herein. Unvergessen ist Theo Sommers Reisebericht – zwei Jahre vor der Implosion des SED-Regimes: ‚DDR 1986. Es herrscht Bewegung statt Stagnation, die Zaghaftheit hat einer selbstbewussten Gelassenheit Platz gemacht, das Grau weicht überall freundlichen Farben, die niederdrückende Trübsal ist verflogen [...]. Und es ist ja drüben in der Tat ein soziales System entstanden, das unseres in mancher Hinsicht in den Schatten

stellt [...]. Leben unter Honecker: Die Bürger des anderen deutschen Staates bringen ihm fast so etwas wie stille Verehrung entgegen.' An dieses Geschichtsbild konnten DDR-Nostalgiker wie Feinde der Freiheit in den 1990ern nahtlos anknüpfen.

Intensive Forschungsleistungen erbrachte das Institut auch zum Forschungsschwerpunkt ‚Kommunistische Diktaturdurchsetzung in Sachsen und der SBZ/DDR‘. Hier geht es vornehmlich um die Darstellung und Analyse von Strategie und Taktik, mit der Sowjets und deutsche Kommunisten die zweite Diktatur auf deutschem Boden etablierten und die allmähliche Durchherrschung der Gesellschaft aufbauten. Forschungsarbeiten zur NS-Diktatur sind nicht nur erforderlich, weil es im östlichen Deutschland, gerade auf regionalgeschichtlicher Ebene, einen gewissen Nachholbedarf gegenüber entsprechenden Anstrengungen im westlichen Deutschland gibt. Gesellschaftliche Kontinuitäten zwischen der NS- und der frühen SED-Diktatur, die Tatsache eines beinahe bruchlosen Übergangs von Hitlerismus in Stalinismus legt auch die Hypothese eigentümlicher mentaler Prägungen und Sozialisationen nahe. Folgerichtig beschränken sich die Mitarbeiter dieses Forschungsschwerpunktes denn auch nicht auf das 20. Jahrhundert, sondern greifen – etwa im Rahmen des Projektes ‚Jüdisches Leben und Antisemitismus in Sachsen‘ – bis auf die Bismarckära zurück, um die Bildung, Aufrechterhaltung und Stabilisierung von Stereotypen und Vorurteilen, verbunden mit einer spezifischen Kultur der Gehorsamsbereitschaft, zu untersuchen. Daneben erhellen Studien zur Repression unter der NS-Diktatur die oft grausame Behandlung von Deutschen und sowjetischen Soldaten im sächsischen Raum. Hier wie bei anderen Forschungsprojekten hat sich eine fruchtbare Kooperation mit der Stiftung Sächsische Gedenkstätten herausgebildet.

Im Rahmen von Forschungen zur deutschen Besatzungspolitik in der ehemaligen Tschechoslowakei kam es auch

zu zukunftsweisenden Kooperationen mit tschechischen Wissenschaftlern. Im Zuge der Ausdehnung der Europäischen Union nach Ostmitteleuropa, aufgrund der konfliktreichen gemeinsamen Geschichte und Kultur und nicht zuletzt wegen der Lage des Dresdner Instituts ist eine Intensivierung der Zusammenarbeit mit tschechischen, polnischen und ungarischen Wissenschaftlern naheliegend und erstrebenswert. Hier wird in Zukunft ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit des Instituts liegen. Dem soll auch ein neues europäisches Projekt zur Demokratiekonsolidierung und -dekonsolidierung in Mittel-/Osteuropa dienen.

Es gilt, die bewährten Forschungsfelder auch in Zukunft nicht zu vernachlässigen, dabei aber die Perspektiven zu erweitern: Der Diktaturenvergleich sollte auf die Länder Ostmitteleuropas und Südeuropas ausgedehnt, die Demokratieforschung – etwa die historische Freiheitsforschung in transatlantischer Perspektive – etabliert und die Vorurteilsforschung verstärkt werden. Bei alledem wird es im übergeordneten historisch-politischen Interesse darauf ankommen, unbeirrt und ohne Rücksichtnahme auf den wechselnden Zeitgeist die notwendige Aufklärung über diktatorische Strukturen rational voranzutreiben, romantisierenden Deutungen zu widerstehen und den weltanschaulichen wie methodologischen Diskurs nicht zu scheuen. ‚Erwachsene Menschen brauchen keine Führer‘ (Herbert George Wells). Wir haben die politische Freiheit gewählt, ‚weil sie die einzig menschenwürdige Form des menschlichen Zusammenlebens möglich macht; die einzige Form, in der wir für uns selbst voll verantwortlich sein können. Ob wir ihre Möglichkeiten verwirklichen, das hängt von allerlei Dingen ab; vor allem auch von uns selbst‘ (Karl R. Popper). Bei der Beschäftigung mit den uns aufgegebenen Segmenten von ‚Wirklichkeit‘ sollen – in maximaler methodologischer Offenheit – Sachgemäßheit bzw. Gegenstandsadäquanz die Leitlinien unserer Arbeit sein.“

## 2. Neuerscheinungen



**Diktaturdurchsetzung in Sachsen**  
Studien zur Genese der kommunistischen Herrschaft 1945–1952  
(Schriften des Hannah-Arendt-Instituts 22)

Herausgegeben von Rainer Behring und Mike Schmeitzner  
Köln/Weimar/Wien 2003  
ISBN 3-412-14802-4, 473 S.

Vorwärtstreibende Instanzen der Diktaturdurchsetzung in Sachsen waren die sowjetische Besatzungsmacht und die von ihr gesteuerte kommunistische Partei. Sie zeichneten an erster Stelle für die Errichtung eines Systems der simulierten Demokratie und später für den Übergang zur offenen Diktatur verantwortlich. Der vorliegende Band analysiert die Rolle der Besatzungsmacht und ihres deutschen Instruments und seiner polizeistaatlichen Strukturen. Beleuchtet werden weiterhin die Instrumente und Methoden der Diktaturdurchsetzung, so etwa die politisch instrumentalisierte Entnazifizierung, weitreichende Säuberungen und frühzeitige Versuche zur umfassenden Mobilisierung der Bevölkerung. Eine Einbettung dieser Prozesse in das deutschlandpolitische und internationale Geschehen erfolgt anhand von Analysen der politisch-programmatischen Vorstellungen Stalins und der sowjetischen Expansionsbestrebungen unmittelbar nach 1945.



**Rechtsextreme Ideologien in Geschichte und Gegenwart**  
(Schriften des Hannah-Arendt-Instituts 23)

Herausgegeben von Uwe Backes

Köln/Weimar/Wien 2003  
ISBN 3-412-03703-6, 395 S.

Die aktuelle Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus erschöpft sich oft in einer kurzatmigen Gegenwartsdiagnose. Dieser Band stellt die Debatte auf eine historisch fundierte Grundlage. Bedeutende Konstellationen und Problemstellungen – Gewalteskalation nach dem Ersten Weltkrieg, Neuer Nationalismus, NS-Ideologie, Verschwörungsideologien, „Neue Rechte“, jugendli-

che Subkulturen der „Neonazis“ und „Skinheads“ – zeigen Inhalt und Bedeutung rechtsextremer Ideologien vom deutschen Kaiserreich bis in die Gegenwart. Die deutsche Entwicklung wird dabei in den europäischen Kontext – italienischer Faschismus, französischer Nationalismus zwischen den Kriegen, Rechtsextremismus im heutigen Russland – eingebettet. Die Autoren fragen nach der Rolle antikommunistischer wie antisemitischer Feindbild-Konstruktionen, den Wechselwirkungen mit dem ideologischen Gegenpol und den strukturellen Gemeinsamkeiten der Extremismen/Totalitarismen. In epocheübergreifenden Betrachtungen werden Kontinuitäten und Diskontinuitäten sichtbar. Das Buch will Impulse für eine differenziertere Auseinandersetzung mit den gegenwärtigen Formen des Rechtsextremismus geben.



**Sowjetische Militärtribunale.**

Band 2: Die Verurteilung deutscher Zivilisten 1945–1955  
(Schriften des Hannah-Arendt-Instituts 17-2)

Herausgegeben von Andreas Hilger, Mike Schmeitzner und Ute Schmidt  
Köln/Weimar/Wien 2003  
ISBN 3-412-06801-2, 900 S.

Mit der Besetzung Ostdeutschlands 1945 exportierte die Sowjetunion Stalins auch ihr Justizsystem nach Deutschland. Ungefähr 35 000 deutsche Zivilisten wurden zwischen 1945 und 1955 in der SBZ/DDR von sowjetischen Tribunalen wegen Staats-, Kriegs- und Alltagsverbrechen zu hohen Strafen verurteilt, über eintausend hingerichtet. Der Zugang zu den sowjetischen Akten dieser Prozesse war bis in die neunziger Jahre hinein versperrt, so dass Tätigkeit und Motive der sowjetischen Richter weitgehend im Dunkeln blieben. In diesem Band werden die Verurteilungen deutscher Zivilisten erstmals auf breiter Quellengrundlage aus historischer und juristischer Sicht untersucht. Die einzelnen Beiträge russischer und deutscher Autoren belegen, dass die UdSSR von Beginn an nicht nur der Bestrafung von nationalsozialistischen Kriegs- und Gewaltverbrechen, sondern auch der repressiven Absicherung ihrer Besatzungspolitik große Bedeutung beimaß. Die hohe Ideologisierung der sowjetischen Justiz wirkte sich darüber hinaus selbst auf die Verfolgung von Alltagskriminalität und sogar Verkehrsdelikten aus. Die Verurteilungen deutscher Zivilisten spiegeln somit direkt die Entwicklungen des Kalten Kriegs wider. Überdies ermöglicht ihre Analyse

fundierte Einsichten in Stellung, Funktion und Methoden sowjetischer Repressionsapparate der späten Stalinzeit.



**Wehrmacht – Verbrechen – Widerstand**

Vier Beiträge zum nationalsozialistischen Weltanschauungskrieg (Berichte und Studien 40)  
Hg. von Clemens Vollnhals

Dresden 2003  
ISBN 931648-43-5, 78 S.

Die Beiträge, die anlässlich einer Vortragsreihe in Leipzig zur Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht“ entstanden sind, geben einen prägnanten Überblick zum Forschungsstand. Sie sind von ausgewiesenen Experten verfasst und beschreiben Deutschlands Weg in den Zweiten Weltkrieg (Bernd Jürgen Wendt), den Charakter der Besatzungspolitik am Beispiel Weißrusslands (Bernhard Chiari), die Verstrickung der Wehrmacht in den Holocaust (Dieter Pohl) sowie Motivation und Scheitern der Militäropposition (Winfried Heinemann).



Siegfried Jenkner:  
**Erinnerungen politischer Häftlinge an den GULAG**  
Eine kommentierte Bibliographie (Berichte und Studien 41)

Dresden 2003  
ISBN 931648-45-1, 53 S.

Der Literaturbericht stellt die seit der Mitte des vergangenen Jahrhunderts erschienenen GULAG-Erinnerungen deutscher politischer Häftlinge sowie die Übersetzungen der Memoiren von Strafgefangenen aus der Sowjetunion und anderen Staaten vor. Sie stammen sowohl von bekannten als auch von weitgehend vergessenen Autorinnen und Autoren und erfassen alle großen sowjetischen Strafgebiete. Sie dokumentieren brutale Verfolgung, erniedrigende Behandlung und harten Überlebenskampf, aber auch Mitmenschlichkeit, selbstlose Hilfsbereitschaft und Bewahrung der Menschenwürde unter unmenschlichen Bedingungen. Der vorliegende,

bislang umfassendste Bericht seiner Art will die Erinnerung an ein dunkles Kapitel der Geschichte des 20. Jahrhunderts wach halten und die Nachgeborenen zur Sicherung und Verteidigung von Freiheit und Menschenwürde mahnen.



Andreas Thüsing:  
**Demokratischer Neubeginn?**  
Aufbau, Organisation und Transformation des sächsischen Justizministeriums 1945-1950 (Berichte und Studien 42)

Dresden 2003  
ISBN 931648-46-X, 53 S.

Die Studie beleuchtet auf breiter Quellengrundlage den Neuaufbau des sächsischen Justizministeriums vor dem Hintergrund der allgemeinen justizpolitischen Entwicklung in der Sowjetischen Besatzungszone. Im Mittelpunkt stehen personalpolitische Entscheidungsprozesse und die Organisationsstruktur des Ministeriums, das während der Phase der sogenannten antifaschistisch-demokratischen Umwälzung von den LPD-Ministern Johannes Dieckmann und Hermann Kastner geleitet wurde. Der Gleichschaltungsdruck erhöhte sich ab 1947 mit der zunehmenden Politisierung der Justiz und fand mit der Auflösung des Ministeriums Ende 1950 und der Zuordnung der nunmehrigen Hauptabteilung Justiz in den Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten seinen Abschluss.



**Repression und Selbstbehauptung**  
Die Zeugen Jehovas unter der NS- und der SED-Diktatur (Zeitgeschichtliche Forschungen 21)  
Herausgegeben von Gerhard Bessier/Clemens Vollnhals

Berlin 2003  
ISBN 3-428-10605-9, 421 S.

Die kleine Religionsgemeinschaft der Zeugen Jehovas zählt zu jenen vergessenen Opfergruppen der NS-Diktatur, deren Schicksal und Leid in der öffentlichen Erinnerung

rung lange Zeit verdrängt worden ist. Und zwar in West wie Ost gleichermaßen. Die Leidensgeschichte dieser missionarisch sehr aktiven Religionsgemeinschaft war jedoch mit dem Zusammenbruch der NS-Diktatur keineswegs beendet. Bereits 1950 wurde sie in der DDR erneut verboten und abermals Opfer harter Verfolgungsmaßnahmen, wie sie keine andere Religionsgemeinschaft erdulden musste. Insgesamt wurden über 6000 Zeugen Jehovas verhaftet und teils zu äußerst harten Strafen verurteilt, gut ein Fünftel der Verurteilten waren Frauen. Es ist wohl dem Mechanismus der gesellschaftlichen Marginalisierung und der Ausgrenzung zuzuschreiben, dass die einzigartige Kontinuität der Verfolgung in beiden deutschen Diktaturen über Jahrzehnte hinweg von der Forschung kaum wahrgenommen wurde, von der Öffentlichkeit ganz zu schweigen.

In beiden Systemen hielten die Zeugen Jehovas unerschütterlich an dem Grundsatz der strikten politischen Abstinenz fest. Sie untersagten ihren Anhängern die Mitarbeit in politischen Organisationen und Parteien, enthielten sich der Ausübung des Wahlrechts und verweigerten, was am schwersten wog, konsequent den Militärdienst. Diese Grundsätze der privaten Lebensführung stellten keine bewusste politische Opposition dar, sondern resultierten aus der Glaubenslehre und der Bereitschaft zum duldsamen Märtyrertum. Die Verfolgung der Zeugen Jehovas in den totalitären Weltanschauungsdiktaturen ist vor allem eine Geschichte standhafter Verweigerung aus ihrem Glauben heraus. Der vorliegende Sammelband enthält einen fundierten Überblick über den Forschungsstand und beleuchtet die unterschiedlichen Facetten des Themas.



Vorstellung des Buches „Sowjetische Militärtribunale Band 2: Die Verurteilung deutscher Zivilisten 1945–1955“ in der Gedenkstätte Bautzen; v.l.n.r.: Dr. Andreas Hilger, Benno von Heynitz (Ehrenvorsitzender des Bautzen-Komitees), Dr. Rainer Burger (FAZ), Dr. Mike Schmeitzner



### 3. Forschungsprojekte

#### 3.1 Theoretische und konzeptionelle Grundlagen der Diktatur- und Freiheitsforschung

##### *Wort- und Begriffsgeschichte der politischen Extreme*

Die Gegenüberstellung der „Extreme“ mit der „Mäßigung“ verbürgenden „Mitte“ entspringt einer altehrwürdigen ideengeschichtlichen Tradition, die maßgeblich von Aristoteles begründet worden ist. Mit der Antithese sind zahlreiche negative Verfassungsbegriffe eng verknüpft – in der Gegenwart insbesondere die des „Extremismus“ und „Totalitarismus“.

Die Studie von Uwe Backes verfolgt die Wort- und Begriffsgeschichte dieser und bedeutungsverwandter Formeln von der Antike bis in unsere Zeit. Sie orientiert sich methodisch an den Beiträgen des von Otto Brunner, Werner Conze und Reinhart Koselleck begründeten Projekts der „Historisch-politischen Grundbegriffe“. Begriffsgeschichte wird nicht als philosophische „Höhenwanderung“ betrieben, sondern soll über das klassisch gewordene Repertoire der Ideengeschichte hinaus die politische Sprache der verschiedenen Epochen an ihren diversen sozialen Orten aufsuchen und sie in den jeweiligen historischen Kontext einordnen. Alle Gattungen politischen Schrifttums geraten dabei in den Blick. Beachtung finden sowohl politische Mehrheitsströmungen als auch politische Subkulturen, es sei denn, sie waren von ganz untergeordneter Bedeutung.

Der zeitliche Schwerpunkt der Darstellung liegt auf dem 19. und 20. Jahrhundert. Die vorherliegenden Epochen werden als Vorgeschichte betrachtet, sofern sie für das Verständnis der Phänomene des 19. und 20. Jahrhunderts wesentlich erscheinen. Im Zentrum steht der Aristotelismus mit seinen Auswirkungen auf die norditalienischen Stadtstaaten, die Reformation, die englische Revolution, den frühen Liberalismus und die demokratischen Revolutionen des 18. und 19. Jahrhunderts. Thematische Schwerpunkte der neueren Zeit bilden die Französische Revolution, das „juste milieu“ Louis Philippes, die vormärzlichen Liberalen und Demokraten in Deutschland, der amerikanische Bürgerkrieg, der Hindunationalismus im britischen Empire, die russischen Revolutionen von 1917, der italienische Faschismus und der deutsche Nationalsozialismus.

##### *Totalitäres Denken*

Das von Uwe Backes in Zusammenarbeit mit Lothar Fritze entwickelte Projekt soll den Prozess der Konzeptualisierung „Totalitären Denkens“ rekonstruieren. Schwerpunkte bilden die frühen Konzeptbildungen der zwanziger und dreißiger Jahre, die wissenschaftliche Verdichtung in der Religionsphänomenologie und im Kritischen Rationalismus sowie die Entwicklung dieser beiden „Schulen“ bis in die Gegenwart.

##### *Utopisches Denken – Karl Marx und der Marxismus*

Der Zusammenbruch des Kommunismus in Europa war geeignet, eine lange vor diesem Ereignis gewachsene Überzeugung zu bestätigen – die Überzeugung, in den Ländern des sogenannten realen Sozialismus werde versucht, ein Gesellschaftsmodell zu etablieren, das nicht wirklich zu realisieren oder jedenfalls auf Dauer nicht überlebensfähig und damit – sofern überhaupt wünschenswert – in einem bestimmten Sinne utopisch sei. Da sich sowohl die Führer der jeweils herrschenden marxistisch-leninistischen Einheitsparteien als auch ihre Ideologen zur legitimatorischen Abstützung ihres Herrschafts- und Führungsanspruchs auf die Lehre von Karl Marx (und Friedrich Engels) beriefen, liegt es nahe, das Marxsche Denken erneut einer kritischen Sichtung zu unterziehen.

Im Mittelpunkt der von Lothar Fritze geplanten Monographie steht die Frage nach dem Charakter des utopischen Denkens von Marx. Darin werden zunächst die Grundzüge der Marxschen Geschichtstheorie (soweit für das Thema relevant) dargestellt, und es wird versucht, das Verhältnis dieser Theorie zum utopischen Denken zu klären. Einer kurz gefassten Entschlüsselung der Anatomie der Marxschen Geschichtstheorie folgt eine Kritik dieser Theorie, wobei eine Reihe von Fehlern, die Marx unterlaufen sind, benannt und diskutiert werden. Danach werden die spezifische Natur dieser Geschichtstheorie sowie mit ihr verbundene Implikationen nochmals herausgearbeitet und Einwände, die man gegen die Marxsche Theorie häufig erhebt, kritisch beleuchtet.

##### *Totalitarismuskonzepte der deutschen Linken*

In der kritischen Auseinandersetzung mit den Totalitarismuskonzepten ist oft die Auffassung vertreten worden,

diese seien von konservativen „Kalten Kriegern“ erarbeitet worden. Seit längerem ist hingegen bekannt, dass die Anfänge des Konzepts von der liberalen italienischen antifaschistischen Opposition entwickelt worden sind. Der große Anteil von Publizisten und Wissenschaftlern, die politisch der „Linken“ zuzuordnen waren, wird bis heute unterschätzt. In Zusammenarbeit mit einer Gruppe von Experten arbeitet Mike Schmeitzner die Geschichte der linken Totalitarismuskonzepte insbesondere für den deutschen Bereich auf.

### 3.2 Autoritäre und totalitäre Diktaturen

#### *Historische Freiheitsforschung in transatlantischer Perspektive*

Im Unterschied zu Deutschland besitzen andere Länder hoch emotional aufgeladene Freiheitstraditionen. Sie bilden kulturelle Sinnggebungssysteme mit Vorstellungen, Bedeutungen, Symbolen und Ritualen, die der Bevölkerung in Gestalt kommunikativen Handelns zur Verfügung stehen. Das Projekt (Gerhard Besier/Gerhard Lindemann) zielt keineswegs darauf, die Freiheitstraditionen anderer Völker einfach zu kopieren. Vielmehr soll durch ihre zunächst akademische Rezeption – und einer solchen im Rahmen der politischen Bildung – der Diskurs über unser Freiheitsverständnis belebt und kultiviert werden.

#### *Der Vatikan und Deutschland in der Pacelli-Ära*

Vor dem Hintergrund der anhaltenden internationalen Diskussion um den „Papst, der geschwiegen hat“, soll in dem Buchprojekt (Gerhard Besier/Grazia Francesca Piombo), gestützt auf neue Quellen, ein alternatives Bild des Verhältnisses zwischen Deutschland und dem Vatikan sowie der Rolle Pacellis gezeichnet werden. Dabei wird die oft einseitige amerikanische Rezeption der Quellen wie der Literatur durch einen breiteren Zugriff korrigiert (siehe auch: Pakt zwischen Himmel und Hölle. In: Der Spiegel 17/2003, 64 ff.).

#### *Graf Galeazzo Ciano*

Graf Galeazzo Ciano (geb. 1903, gest. Jan. 1944) nahm 1922 am „Marsch auf Rom“ teil und begab sich 1925 in die Politik. 1930 heiratete er Edda Mussolini, eine Toch-

ter des Duce, und wurde 1936 zum Außenminister befördert. 1939 begründete er mit dem deutschen Außenminister Ribbentrop den „Stahlpakt“ zwischen Deutschland und Italien. Aufgrund seiner Zweifel, den Krieg zu gewinnen, schloss er sich 1943 in der Sitzung des Faschistischen Großrats vom 24./25. Juli dem Antrag Grandis an, der Mussolini zu Fall brachte. Nach missglückter Flucht über Deutschland wurde er verhaftet und nach Verona überführt, wo ihn ein Sondergericht zum Tode verurteilte. Die Rettungsversuche seiner Frau scheiterten; im Januar 1944 wurde er hingerichtet. Das Biographieprojekt Grazia Francesca Piombos beleuchtet den Charakter Cianos als frühen Faschisten, späteren Mitläufer und schließlich Zweifler an der Politik des Faschismus.

#### *Die Protokolle der Kirchenleitung der Evangelischen Kirche der Altpreußischen Union (Juni 1945–Dez. 1948)*

Das wissenschaftliche Editionsprojekt (Hg. Gerhard Besier/Gerhard Lindemann) mit ausführlichem Apparat (insbes. Verweise auf und breite Zitate aus Referenzdokumenten aus kirchlichen und staatlichen Archivalien) erscheint voraussichtlich 2005 bei Vandenhoeck und Ruprecht, Göttingen. Die Altpreußische Union bestand aus Teil- bzw. bald Gliedkirchen mit Schwerpunkt auf der SBZ. Die Dokumente geben vor allem Aufschluss über die innerkirchliche Neuordnung, die Situation des gesamtdeutschen Protestantismus im beginnenden Kalten Krieg und den einsetzenden Stalinisierungsprozess in der SBZ.

#### *Sowjetische Militärtribunale (SMT) – Die Verurteilung deutscher Zivilisten 1945–1955*

Ziel des in Kooperation mit dem Institut für Archivauswertung, Bonn (Dr. Günther Wagenlehner), bearbeiteten, Ende 2003 abgeschlossenen Forschungsprojekts (Andreas Hilger, Mike Schmeitzner, Ute Schmidt) war eine systematische Untersuchung des Ausmaßes, der Formen und der Motive von Verurteilungen deutscher Soldaten und Zivilisten durch sowjetische Tribunale. Auf der Grundlage von Akten des NKVD-MVD/NKGB-MGB, der wichtigsten Verfolgungs- und Sicherheitsorgane der früheren Sowjetunion, sowie anderer russischer und deutscher Quellen wurden die Intentionen, das Vorgehen und die Strafpraxis der sowjetischen Organe gegenüber Deutschen in den Jahren 1941 bis 1955 analysiert.

In einer ersten Phase wurden die Verurteilungen deutscher Kriegsgefangener in der Sowjetunion untersucht. Die Ergebnisse dieser Forschungen konnten im Jahr 2001 unter dem Titel „Sowjetische Militärtribunale. Band 1: Die Verurteilung deutscher Kriegsgefangener 1941–1953“ publiziert werden. Die Geschichte der schätzungsweise 40.000 Zivilisten, die in der Sowjetischen Besatzungszone bzw. in der frühen DDR unter verschiedenen Anschuldigungen von sowjetischen Tribunalen zu hohen Strafen verurteilt wurden, stand im Mittelpunkt der weiteren Forschungen. Ziel war zum einen, die Tätigkeit sowjetischer Tribunale als Teil des sowjetischen Sicherheits- und Repressionsapparates in der SBZ/DDR zu untersuchen und die Funktion politischer Verfolgung im Prozess der Etablierung und Sicherung eines kommunistischen Herrschaftssystems in der SBZ/DDR zu bestimmen. Zum anderen wurde die Rolle politischen Widerstandes und gesellschaftlicher Opposition als Reaktion auf die Repressionsmaßnahmen der sowjetischen Besatzungsmacht und deren Sowjetisierungsstrategie untersucht. Das sowjetische Vorgehen ist einerseits in den Rahmen der alliierten Sicherungs- und Entnazifizierungspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg einzuordnen. Andererseits handelt es sich dabei um Strategien zur Sicherung von Herrschaft und Diktatur.

Das Projekt wurde vom Bundesministerium des Innern gefördert. Die „Gemeinsame Kommission zur Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen“ nahm das Projekt in den Katalog der zu fördernden Projekte auf.

#### *Manfred von Ardenne – Wissenschaftler in drei Diktaturen*

Zu den profilbestimmenden Forschungsschwerpunkten des Hannah-Arendt-Instituts gehört der Bereich „Ideologische, ökonomische, soziale und kulturelle Dimension von Weltanschauungsdiktaturen“. Die unter einem solchen Titel subsumierten Aspekte lassen sich in ihrer gegenseitigen Verflechtung nicht nur am Beispiel von Institutionen, bestimmten gesellschaftlichen Gruppierungen oder gar Eliten untersuchen, sondern ebenso am einzelnen Individuum – eine Analyse des „Menschen in der Diktatur“ in des Wortes eigentlichem Sinne. Dieser von Gerhard Barkleit in seinem Biographieprojekt verfolgte Ansatz sollte besonders erfolgversprechend sein, wenn es sich dabei um eine außergewöhnliche Persönlichkeit von herausragender Bedeutung handelt, die in unterschiedlichen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens agierte.

Baron Manfred von Ardenne war eine solche Persönlichkeit, die sowohl in Wissenschaft und Forschung als auch in der Politik Zeichen setzte. Der 1907 in Hamburg geborene Sohn eines Offiziers legte nie das Abitur ab, studierte dennoch vier Semester Physik, Chemie und Mathematik an der Berliner Universität, meldete als Sechzehnjähriger sein erstes Patent an und gründete als Einundzwanzigjähriger in Berlin-Lichterfelde ein Forschungslaboratorium mit mehreren Mitarbeitern. Er gilt als Erfinder des elektronischen Fernsehens. Im „Dritten Reich“ beschäftigte er sich vor allem mit Nachrichtentechnik, leistete jedoch auch wesentliche Beiträge zur Entwicklung der Radartechnik und der Elektronenmikroskopie. Nach der Entdeckung der Kernspaltung wandte er sich auch kernphysikalischen Problemen zu. Im Januar 1945 wurde er in den Reichsforschungsrat berufen.

Vom Mai 1945 bis zum März 1955 lebte und arbeitete er in der Sowjetunion. Er gründete in Suchumi am Schwarzen Meer ein Forschungsinstitut, in das er sämtliche Messgeräte und Anlagen aus seinem Lichterfelder Laboratorium einbrachte. Aufgabe dieses Instituts war es, Verfahren zur industriellen Isotopentrennung zu entwickeln. Der Beitrag Ardenne zur Entwicklung der sowjetischen Atombombe wird auch heute noch unterschiedlich beurteilt. Er selbst äußerte sich durchaus widersprüchlich.

Bei der Rückkehr nach Deutschland entschied er sich deshalb für die DDR, weil er nur unter dieser Voraussetzung das Institutsinventar mitnehmen durfte, das auch in der Sowjetunion sein privater Besitz geblieben war. In Dresden gründete er 1955 ein neues Forschungsinstitut. In einem System, das dem Privateigentum generell ablehnend, demjenigen an Produktionsmitteln sogar feindlich gegenüberstand, bewies er ein weiteres Mal seine unternehmerischen Fähigkeiten, indem er dieses private Forschungsinstitut mit 1989 immerhin 500 Beschäftigten nicht nur aufbaute und am Leben erhielt, sondern es zu einer der führenden Forschungseinrichtungen der DDR entwickelte. Schwerpunkte der stets anwendungsorientierten Forschung waren die Grundlagen physikalischer Hochtechnologien, insbesondere Elektronenstrahl-, Vakuumbeschichtungs- und Plasmatechnologien sowie biomedizinische Forschung und Technik. In den 1960er Jahren wandte sich Manfred von Ardenne verstärkt medizinischen Problemen zu und begann mit der Entwicklung einer völlig neuartigen Methode zur Behandlung von Krebstumoren. Die große Spannweite seiner wissenschaftlichen Interessen veranlasste vor allem Journalisten, in ihm einen der letzten großen Universalgelehrten des 20. Jahrhunderts zu sehen. Manfred von Ardenne, in der DDR hochgeehrt und vor allem in der Ulbricht-

Ära von beträchtlichem Einfluss, begnügte sich nicht damit, die Wirtschafts- und Wissenschaftspolitik der SED mitzugestalten, sondern er äußerte sich auch zu Fragen von globaler politischer Bedeutung. Die Berufung in den Forschungsrat der DDR und die Wahl zum Abgeordneten der Volkskammer sowie öffentliche Warnungen vor dem Inferno eines Atomkrieges in den 1950er Jahren und eine Studie „Sternenkrieg“ als Stellungnahme zum SDI-Projekt der USA im Jahre 1985 stehen beispielhaft für diese Facette seiner Persönlichkeit.

### *Verfolgte Schüler – gebrochene Biographien*

Eine wissenschaftlichen Standards genügende Untersuchung über Jugendliche, die während der SED-Diktatur in ihrer beruflichen Entwicklung massiv behindert wurden, liegt bislang nicht vor. Nichtzulassung zum Abitur bzw. Studium gehörte ebenso zu den repressiven Maßnahmen wie der Ausschluss von jeglicher Berufsausbildung (Zeugen Jehovas) bzw. das Abdrängen in nicht gewünschte und wenig attraktive Berufe. Ziel der Untersuchung Tina Kwiatkowskis ist eine differenzierte Darstellung von Ursachen und Methoden von Benachteiligung und Verfolgung, verbunden mit Aussagen zu Ausmaß und Konsequenzen von Versuchen, sich dieser Benachteiligung zu widersetzen. Darüber hinaus sollen die Folgen dieser Benachteiligung für die berufliche und persönliche Entwicklung der Betroffenen untersucht werden.

### *Kollaboration von Ärzten mit der DDR-Staatssicherheit*

Trotz zahlreicher Publikationen über die Staatssicherheit als „wichtiges Instrument zur Sicherung des Machtmonopols der SED“ stellt eine weitgehend flächendeckende Erforschung von IM-Verstrickungen einer ganzen Berufsgruppe über den Zeitraum von 1950 bis 1989 nach wie vor ein Forschungsdesiderat dar. Im Mittelpunkt des Forschungsprojekts Francesca Weils steht deshalb eine umfassende empirische Analyse der inoffiziellen Mitarbeit von Medizinerinnen für das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) der DDR.

Ärzte bieten sich für eine solche Untersuchung aufgrund der Besonderheiten ihrer Berufsgruppe geradezu an. Nach einer eher untypischen, weil weniger radikalen Entnazifizierung in der SBZ, die sich aus dem Ärztebedarf in der Nachkriegszeit ergab, standen gerade sie als bildungsbürgerlich geprägte Gruppierung mit tradier-

tem „Standesbewusstsein“ dem Anspruch der SED an eine „sozialistische Ärzteschaft“ vorerst kritisch gegenüber. Vor diesem Hintergrund und angesichts der Tatsache, dass viele Mediziner die DDR bis zum Mauerbau 1961 verließen, hielt es das MfS augenscheinlich für nötig und dennoch auch für machbar, Ärzte für eine inoffizielle Mitarbeit zu gewinnen. In diesem Zusammenhang gilt es vor allem der Frage nachzugehen, ob und inwieweit sich Mediziner aufgrund ihres spezifischen Berufsethos als resistenter gegenüber den Werbungen der Staatssicherheit erwiesen als Angehörige anderer Berufe.

Da Mediziner auf zahlreichen und unterschiedlichen Tätigkeitsfeldern beschäftigt waren, können durch das Forschungsprojekt zudem deren IM-Verstrickungen in den verschiedenen Institutionen des DDR-Gesundheitswesens sowie in staatlichen, wissenschaftlichen, wirtschaftlichen und Sporteinrichtungen erfasst und dabei Unterschiede und Gemeinsamkeiten festgehalten werden. Ärzte praktizierten nicht nur in Ambulanzen und Polikliniken, städtischen, konfessionellen und privaten Krankenhäusern, Privatpraxen, Betrieben, als Bezirks- und Kreisärzte, sondern sie lehrten an Universitäten bzw. arbeiteten praktisch in den Universitätskliniken oder theoretisch in der medizinischen Forschung. Ärzte waren zudem sowohl in den Haftanstalten und im Haftkrankenhaus der DDR als auch in Armeekrankenhäusern tätig. Sie betreuten außerdem Athleten in den zahlreichen Sportclubs, aber auch und in noch weitaus größerem Umfang an den entsprechenden Bildungs- und Forschungsstätten des DDR-Hochleistungssports. Nicht zuletzt verfügte die Staatssicherheit der DDR über einen eigenen medizinischen Dienst. Demzufolge bietet das Thema die Chance, der Frage nachzugehen, inwieweit das MfS die Entwicklung des DDR-Gesundheitswesens und darüber hinaus die anderer gesellschaftlicher Institutionen nachhaltig beeinflusst hat. Außerdem lässt sich auf diese Weise eine Antwort auf die Frage finden, inwieweit die Staatssicherheit dazu beitragen konnte, die traditionell konservative Ärzteschaft in die Umsetzung der Partei- und Staatspolitik aktiv einzubeziehen.

Untersucht werden sollen im Hinblick auf die IM-Durchdringung sowohl quantitativ als auch anhand von exemplarischen Fallstudien individueller IM-Karrieren nicht nur die einzelnen o.g. Tätigkeitsfelder, sondern ebenfalls Motivationen, Tätigkeitsbereiche, Aufgabenfelder, Kategorien von inoffiziellen Mitarbeitern unter den Ärzten sowie die Quantität und Qualität ihrer abgefassten Berichte und deren Folgen bzw. Konsequenzen für Kollegen, Patienten ebenso wie auch für Verwandte und Be-

kannte in Ost- und Westdeutschland in den Mittelpunkt der Analyse.

Es ist nicht zuletzt vorgesehen, ehemalige inoffizielle Mitarbeiter für Interviews zu gewinnen, um ihre heutige Perspektive auf die damalige Tätigkeit für das MfS zu erfragen und mit der früheren aktenkundigen Haltung zu vergleichen. Dadurch kann die qualitative Auswertung wesentlich ergänzt bzw. vertieft werden.

*Nationalsozialistische Judenverfolgung im „Reichsgau Sudetenland“ 1938–1945 unter besonderer Berücksichtigung von Enteignungen und „Arisierungen“*

Im Sudetenland gerieten im Oktober 1938 Tausende Juden in die Hände der Nationalsozialisten. Aufgrund des sofort nach dem „Anschluss“ einsetzenden Terrors und der Verfolgungen flüchteten zahlreiche Juden binnen kurzem. Am 17. Mai 1939 wurden im „Reichsgau Sudetenland“ von ursprünglich etwa 27.000 dort lebenden Menschen jüdischen Glaubens (1930) nur noch rund 2.300 Personen gezählt.

Innerhalb kürzester Zeit wurden die sudetendeutschen Juden aller Rechte und ihres gesamten Vermögens beraubt. Der offene, staatlich vermittelte Raub ist offenbar erstmals nach der Eingliederung des „Sudetenlandes“ praktiziert worden. Da die meisten Juden in die Tschechoslowakei geflohen waren, wurden fast alle jüdischen Vermögenswerte durch die Besatzer „verteilt“, wobei sudetendeutsche „Parteigenossen“ bevorzugt wurden. Die Studie soll im Detail den Ablauf des „Eigentumstransfers“ nachzeichnen:

Ungeklärt ist bisher die Frage, ob die Initiative hierzu immer von Berlin oder auch von den Statthaltern des Reiches vor Ort ausging. Von den „Arisierungen“ im Reich ist bekannt, dass Gauleiter in erheblichem Umfang Klientelinteressen vertraten. Bestrebungen gab es zudem aus den Nachbargauen, sich in der Wirtschaft des Sudetenlandes zu etablieren.

Eine wichtige Rolle spielte die deutsche Wirtschaft. Vermittelt und finanziert wurden „Arisierungsgeschäfte“ zu meist von deutschen Großbanken. An zum Verkauf stehenden Großkonzernen zeigten wiederholt die Hermann-Göring-Werke Interesse. Aber auch der Mittelstand und selbst Kleinunternehmer versuchten, sich ihren Teil zu sichern. Wichtig für den Ablauf der Geschäfte waren die Persönlichkeit der Akteure (etwa die politische Einstellung der Bank- bzw. Unternehmenseli-

te) und geschäftspolitische Determinanten. Es ist deshalb die gesamte Bandbreite geschäftlichen Handelns von der Vermittlung über die Finanzierung von „Arisierungen“ bis hin zum Erwerb jüdischen Eigentums differenziert zu durchleuchten. Zu fragen ist auch nach passiven Nutznießern und aktiven Förderern der Expropriationen.

Da Staat, Partei und Wirtschaft bei der „Arisierung“ im „Sudetengau“ auf die im „Altreich“ gemachten Erfahrungen zurückgreifen konnten, andererseits aber völlig neue Rahmenbedingungen herrschten, sind die Gemeinsamkeiten und Unterschiede zur Entwicklung im „Altreich“ von besonderem Interesse.

Das Dissertationsprojekt Jörg Osterlohs wird von der VW-Stiftung und vom Deutsch-Tschechischen Zukunftsfonds gefördert.

### 3.3 Herausforderungen der Demokratie, politischer Extremismus

*Vorurteilsforschung in historischer und aktueller Absicht*

Auf der Grundlage neuester Ergebnisse der Vorurteilsforschung sollen in dem Projekt (Leitung: Gerhard Bersier) historische wie aktuelle Problemkonstellationen einer sozialpsychologischen Interpretation zugeführt werden. Sowohl die Akklamation von Diktaturen durch keineswegs totalitär gesonnene Menschen als auch die rasche Umorientierung hin zur Demokratie lässt sich auf diese Weise erklären. Zudem bieten die sozialpsychologischen Theorieansätze Interpretationsmöglichkeiten für die nach wie vor bestehenden Schwierigkeiten beim Vereinigungsprozess und für die Kreation neuer, nunmehr gemeinsamer deutsch-deutscher Feindbilder.

*Jahrbuch Extremismus & Demokratie*

Gemeinsam mit Eckhard Jesse gibt Uwe Backes das Jahrbuch Extremismus & Demokratie heraus. In dem Ende 2003 erschienenen Werk stehen – wie in den Jahren zuvor – Entwicklungen des Links- und Rechtsextremismus sowie des politisch-religiösen Fundamentalismus in Deutschland im Mittelpunkt.

### *Kommunismus nach dem Zusammenbruch des „real existierenden Sozialismus“*

Mit dem „Groupe de recherche sur le communisme en Europe occidentale“ (GRCOE, Universität Paris X und CNRS) und einer Anzahl assoziierter Forscher wurde 2003 eine enge Zusammenarbeit vereinbart. Angestrebt wird u. a. eine Bilanz zur Entwicklung und gegenwärtigen Bedeutung (post-)kommunistischer Organisationen seit dem Zusammenbruch des „real existierenden Sozialismus“ in Europa (vom Atlantik bis zum Ural). Neben diversen Länderstudien sollen vergleichende Analysen die Erfolgs- und Misserfolgsbedingungen unter sich wandelnden politischen, sozialen, ökonomischen und kulturellen Rahmenbedingungen („Gelegenheitsstrukturen“) erhellen.

### *„History after the fall“ – Historischer Revisionismus in postkommunistischen Ländern*

Unter der Leitung des Open Society Archive der Central European University in Budapest und in Kooperation mit vier weiteren europäischen Instituten (The Romanian Institute for Recent History, Fundacia Academia Civica, beide Bukarest, KARTA Center in Warschau und Institut für Zeitgeschichte in Prag) hat das Hannah-Arendt-Institut (verantwortlich: Gerhard Besier) 2003 einen Antrag bei der Europäischen Union für ein gemeinsames Projekt eingebracht. Ziel des Projekts ist es, über einen Zeitraum von zwei Jahren (15.4.2004–31.12.2006) die Frage zu erörtern, wie in Ländern des ehemaligen Ostblocks Geschichtsforschung mit Blick auf das vorausgegangene kommunistische Herrschaftssystem betrieben wird und ob hierbei möglicherweise ein postkommunistischer Antikommunismus zum Tragen kommt, der die Wahrnehmung der jüngeren Vergangenheit filtert. Die Ergebnisse dieser Recherchen werden durch Workshops und Seminare erarbeitet und in Form von Ausstellungen der Öffentlichkeit vorgestellt und vermittelt. Darüber hinaus werden die Ergebnisse in zwei Veröffentlichungen präsentiert.

### *Linksextremisten im Internet*

Arnd Reinhardt setzt sich in dem von der Konrad-Adenauer-Stiftung geförderten Promotionsprojekt (Beginn: April 2003) mit der Nutzung der Strukturen des Internets durch Linksextremisten auseinander. Die Betrachtung des Themas erfolgt unter zwei Gesichtspunkten.

Zum einen wird eine Datenbank linksextremistischer Internetseiten erstellt, die Rückschlüsse über die Zusammenarbeit bzw. Nicht-Zusammenarbeit sowie die Bedeutung und den Einfluss verschiedener linker Gruppen ermöglichen soll. Außerdem soll versucht werden, anhand der gesammelten Daten eine Übersichtskarte des Linksextremismus im Internet zu erstellen. Zum anderen werden bedeutende Internetprojekte des linksextremistischen Spektrum exemplarisch vorgestellt, ihre Außenwirkungen und Zielvorstellungen analysiert. Abschließend wird die Internetnutzung von Linksextremisten mit denen von Rechtsextremisten systematisch verglichen.

## 3.4 Sachsen unter zwei Diktaturen

### *Jüdisches Leben und Antisemitismus in Sachsen (1871–1945)*

Als neues Projekt hat Clemens Vollnhals eine epochenübergreifende Studie begonnen, die als eine methodisch innovative Beziehungsgeschichte angelegt ist. Sie soll einerseits die Entwicklung des jüdischen Lebens in Sachsen seit der Reichsgründung nachzeichnen und damit ein Forschungsdesiderat schließen. Andererseits soll sie die Ausbreitung und Wandlungsprozesse des Antisemitismus analysieren. Die Ergebnisse sollen in einer monographischen Übersichtsdarstellung für ein breiteres Publikum zusammengefasst werden. Für die Darstellung bedarf es aufgrund der großen Kriegsverluste in den Archiven umfangreicher und zeitraubender Recherchen.

### *Sachsen in der NS-Zeit*

Clemens Vollnhals setzt seine Studien zur völkischen Bewegung und zum Aufstieg der NSDAP in Sachsen fort.

### *Diktaturdurchsetzung in Sachsen 1945–1952*

Ziel der am Hannah-Arendt-Institut angesiedelten Projekte (Rainer Behring/Mike Schmeitzner) ist es, den Prozess der Durchsetzung der kommunistischen Diktatur nach dem Ende des Nationalsozialismus auf der Kommunal- und Landesebene detailliert zu rekonstruieren. Im Zentrum steht die Analyse der Transformation des politischen Systems, der inneren Verwaltung und der Sicherheits- bzw. Repressionsorgane auf der jeweili-

gen Ebene. Dieser Prozess wird vor allem hinsichtlich der möglichen Verzahnung der drei wesentlichen Akteure – sowjetische Besatzungsmacht, KPD/SED und Innenministerium und -verwaltung –, des Elitenwechsels sowie der auftretenden Widerstände und gesellschaftspolitischen Gegenbilder untersucht. Auf der Kommunal-ebene ist es zudem möglich, die gesamte Bandbreite der gesellschaftlichen Umwälzung in den Blick zu nehmen und die Eindringtiefe der sich formierenden Diktatur zu eruieren, also etwa der Frage nachzugehen, inwieweit die Vorgaben der Zentral- und Landesebene umgesetzt und inwieweit sie den Bedingungen vor Ort angepasst oder auch durch Widerstände modifiziert bzw. gebrochen wurden. Das Augenmerk richtet sich so auch auf das Zusammenspiel von und die Konflikte zwischen Funktionsträgern und Bevölkerung.

Die Wahl Sachsens als Untersuchungsgegenstand erfolgte aufgrund seines besonderen sozio-ökonomischen und politischen Charakters und seiner Rolle als Vorreiter für den Transformationsprozeß in der SBZ/DDR. Sachsen war eines der wichtigsten Ursprungsländer der industriellen Revolution in Deutschland, die Stadt Chemnitz wiederum deren „Vorhut“; 1945 wies Sachsen allein 48 Prozent des sowjetischen Industriepotentials auf und war zudem das bevölkerungsreichste Land der SBZ. Bis 1933 galt Sachsen als Hochburg der Arbeiterbewegung. Bereits 1923 standen hier einmal kurzzeitig deutsche Kommunisten in der Regierungsverantwortung. Die sozio-ökonomische und politische Schlüsselstellung Sachsens, das wie kein anderes Land der SBZ noch über eine besonders prägende Tradition landespolitischer Konstitution und parlamentarischer Partizipation verfügte, rückte es ab 1945 in das Blickfeld der Sowjetischen Militäradministration und der deutschen Kommunisten. Für deren anvisierte Umwälzungen von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft wurde es daher zu einem „Modell-Land“ der SBZ. Beispiele dafür sind das nur in Sachsen durchgeführte Industriereferendum vom 30. 6. 1946, die hier zuerst gestarteten Gemeindewahlen in der SBZ (1. 9. 1946) oder auch die bereits im September 1945 installierten geheimpolizeilichen Strukturen, welche nach 1946 durch das Wirken des sächsischen Innenministers Fischer ländersübergreifende Konturen gewannen.

Der zeitliche Rahmen der Untersuchung ist auf die Jahre 1945–1952/53 begrenzt. Die Zäsur von 1945 wird dabei durch die Kapitulation der deutschen Wehrmacht und den Beginn der sowjetischen Besatzungsherrschaft markiert. Als zweiter tiefgreifender Einschnitt wurde das Jahr 1952/53 gewählt, hatten doch bereits bis dahin wesentliche Grundlagen des neuen diktatorischen Systems Gestalt angenommen: so die mit der Bodenreform und

der industriellen Enteignung 1945/46 in Gang gesetzten sozio-ökonomischen Umwälzungen, die planwirtschaftliche Steuerung seit 1946/47, die Zwangsverschmelzung von KPD und SPD zur SED und die Umwandlung dieser Partei in eine bolschewistische Kader- und Staatspartei bis 1948/49 und die mit der Entdemokratisierung voranschreitende Entparlamentarisierung und Zentralisierung ab 1947. Diesen mit der Gründung der DDR 1949 weitgehend abgeschlossenen Prozessen folgte die formale Zerschlagung der Länderstrukturen im Sommer 1952.

### *Diktaturdurchsetzung in Dresden*

Das Ende 2003 abgeschlossene Forschungsvorhaben analysiert die Errichtung und Durchsetzung der kommunistischen Diktatur nach dem Ende des NS-Regimes auf lokaler Ebene. Untersucht werden zunächst der Auf- und Ausbau neuer politischer Strukturen in Verwaltung und Wirtschaft in Dresden zwischen 1945 und 1952. Der Blick richtet sich dabei insbesondere auf die Intentionen und das Handeln der maßgeblichen Akteure: die sowjetische Besatzungsmacht und die von ihr unterstützten deutschen Kommunisten, aber auch auf die Sozialdemokratie und die nichtsozialistischen Parteien sowie auf die verschiedenen Verwaltungen. Ausgeleuchtet wird das Spannungsfeld von untereinander teilweise nicht widerspruchsfreien Zielen wie der Überwindung der unmittelbaren Nachkriegsnot und des Aufbaus einer leistungsfähigen Wirtschaft, der Entnazifizierung und des mit der Befestigung der kommunistischen Herrschaft einhergehenden schrittweisen Umbaus von Verwaltung und Ökonomie sowie der beginnenden Umformung der Gesellschaft. Von besonderem Interesse ist, welche 1945 bereits bestehenden Voraussetzungen die Errichtung der neuen Diktatur begünstigten, und welche Bedingungen neu geschaffen wurden und welche Konflikte dabei ausgetragen wurden.

Darüber hinaus werden unter sozialgeschichtlicher Perspektive die demographische und soziale Entwicklung und der Fortbestand alter bzw. das Entstehen neuer Milieus untersucht, wobei stets nach der Abhängigkeit von oder der Resistenz gegenüber politischen Entscheidungen gefragt wird.

Ziel des Projekts ist es, am konkreten Beispiel Wirkungsmechanismen und Erfahrungsdimensionen der Diktaturtransformation offenzulegen und vor allem die Reichweite und die Grenzen kommunistischer Herrschaftsdurchsetzung zu umreißen. Über die Frage nach der Integrations- und Mobilisierungsfähigkeit des politischen Systems so-

wie nach dessen Organisations- und Problemlösungskapazitäten nähert es sich der Herrschaftswirklichkeit in der SBZ und der frühen DDR. Der Vergleich mit den westlichen Besatzungszonen wird dabei nicht umfassend angestrebt, soll aber als gedankliche Folie präsent sein.

### *Jugend zwischen den Diktaturen*

Mike Schmeitzner hat 2003 in Zusammenarbeit mit Prof. Wolfgang Marcus eine Studie zur Geschichte der christlichen Jugend in den demokratischen Anfängen nach 1945 begonnen. Darin wird auch widerständiges Verhalten im NS-Regime behandelt.

### *Entkommunisierung der Sächsischen Polizei*

Der Fulbright-Stipendiat Edward Hamelrath (University of Memphis, Tennessee) hat eine Studie über den Personalaustausch in den sächsischen Polizeibehörden im Zuge der Konstituierung des Freistaates Sachsen und der Restrukturierung des Öffentlichen Dienstes begonnen.

### *Von der SED zur PDS. Das Beispiel Dresden*

Die Erasmusstipendiatin Anne Lainault (Universität Strasbourg) hat eine Untersuchung über die Umbrüche innerhalb der SED während der Friedlichen Revolution begonnen.

### *Bausoldaten und Friedliche Revolution*

Im Zentrum des von Thomas Widera geplanten Forschungsprojekts stehen die DDR-Bausoldaten. Die der Untersuchung zugrunde liegende These lautet, dass eine Analyse der Kriegsdienstverweigerungsbewegung grundlegend für das Verständnis des friedlichen Charakters

der Revolution von 1989 ist. Die Bausoldaten waren Teil der Bewegung zur Verweigerung des Kriegsdienstes und gemeinsam mit ihren Familien, Angehörigen und Freunden Träger friedensethischer Positionen innerhalb einer umfassend militarisierten Gesellschaft. In ihren von verschiedenen Traditionen geprägten Wertvorstellungen wird die gesamte Bandbreite des lebensweltlich, religiös und politisch begründeten Aufbegehrens gegen das Wahrheitsmonopol der SED sichtbar, das schließlich in eine unabhängige Friedensbewegung einfluss. In dem Projekt soll die Funktion der Bausoldaten als Multiplikatoren des Prinzips der Gewaltlosigkeit untersucht und in verschiedenen Längs- und Querschnitten die Frage nach den Wirkungsmechanismen der Verbreitung solcher Gedanken in der DDR beantwortet werden.

### *Die Bildung des Freistaates Sachsen. Friedliche Revolution, Föderalisierung, deutsche Einheit 1989/90. Darstellung und Dokumentation*

Ausgehend von den Herbstforderungen nach Föderalisierung wird die Herausbildung Sachsens bis zur Bildung der Regierung Biedenkopf im Herbst 1990 auf allen relevanten politischen Ebenen beschrieben. Die besondere Aufmerksamkeit der Darstellung Michael Richters gilt dem durchgängigen Konflikt um Legitimität und Kompetenz im Länderbildungsprozess. Die Darstellung wird durch einen Dokumententeil ergänzt.

### *Die friedliche Revolution in Sachsen*

Ziel der inzwischen umfänglichen, zum Teil bereits zu Textbausteinen verarbeiteten Quellensammlung ist die Erarbeitung einer vergleichenden Untersuchung der friedlichen Revolution in Sachsen auf den Handlungsebenen Land (im Entstehen begriffen, Gremien der Landesbildung), Bezirke sowie Kreise und Kommunen im Zeitraum 1989–1990. Erstmals will Michael Richter die Entwicklung auf allen Handlungsebenen und über das Jahr 1989 hinaus ausführlich untersuchen.



#### 4. Arbeitstagungen und Konferenzen

*Totalitarismus – Extremismus – Utopismus*  
Dresden, 3.-5. Juli 2003

Im Juni 2003 feierte das Hannah-Arendt-Institut sein zehnjähriges Bestehen. Aus diesem Anlass fand eine Jubiläumstagung statt. Sie wurde durch eine Gesprächsrunde im Sächsischen Landtag eröffnet. Bundeskanzler a. D. Dr. Helmut Kohl, Peter Adler, MdL, Dr. Monika Runge, MdL, und Staatsminister Dr. Matthias Röblier diskutierten unter der Moderation von Prof. Werner J. Patzelt über „Friedliche Revolution 1989/90 und deutsche Einheit“.

An den beiden folgenden Tagen erörterten internationale Experten in drei Gesprächsrunden Fragen der Totalitarismusforschung. Hanka Kliese berichtete im „Deutschland Archiv“ über Ablauf und Inhalt der Tagung:

„So viel ist bekannt: Der 17. Juni 1953 markiert eine bedeutsame Zäsur für die Entwicklung der SED-Diktatur. Weniger bekannt ist, dass der 17. Juni 1993 ein wichtiges Datum für die Erforschung dieser und anderer Diktaturen darstellt. An diesem Tag wurde in Dresden das Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung (HAIT) aus der Taufe gehoben. Seither leistet die Einrichtung in

interdisziplinärer Arbeit von Historikern und Sozialwissenschaftlern einen bedeutenden Beitrag zur Erforschung von gesellschaftlichen und politischen Strukturen des SED- und des NS-Regimes. Anlässlich des 10-jährigen Bestehens des Instituts fand vom 4. bis 5. Juli in Dresden eine Tagung statt, auf der internationale Experten eine Bilanz der Extremismus- und Totalitarismusforschung zogen.

Jürgen Gebhardt (Erlangen) eröffnete die erste Runde, in der methodische und methodologische Aspekte der Totalitarismusforschung im Vordergrund standen. Er führte in die semantischen und anthropologischen Facetten des Totalitarismusbegriffs ein. Der Totalitarismus als symbolisch-politisches Phänomen der Moderne revolviert nach Gebhardt gegen die überkommenen Traditionen und Ordnungen, indem er sie durch eine neue Heilslehre programmatisch überbietet. Die – laut Gebhardt prinzipiell jederzeit aktivierbare – Erscheinungsform des Totalitären liege im Menschsein selbst begründet und sei nicht an eine bestimmte Zivilisation gebunden. Der Begriff des Totalitären sollte nicht auf eine spezifische Formation der Herrschaft im Kommunismus, Faschismus oder Nationalsozialismus reduziert werden. In der Einschränkung des Forschungsgegenstandes auf die westliche Zivilisation sieht der Erlanger Politologe die Gefahr, dass neuartige totalitäre Welt- und Ordnungsentwürfe



Podiumsdiskussion im Sächsischen Landtag mit Dr. Monika Runge, MdL, Peter Adler, MdL, Staatsminister Dr. Matthias Röblier, MdL, Bundeskanzler a.D. Dr. Helmut Kohl und dem Moderator Prof. Dr. Werner J. Patzelt (v.l.n.r.)



Blick in den Plenarsaal des Sächsischen Landtages während der Podiumsdiskussion „Friedliche Revolution 1989/90 und deutsche Einheit“

verkannt werden könnten. *Eckhard Jesse* (Chemnitz) ging der Frage nach, ob die DDR totalitär gewesen sei. Der Ära Ulbricht spricht er, sofern man dem Ansatz von Carl J. Friedrich folgt, einen totalitären Charakter zu. In den siebziger und vor allem den achtziger Jahren erkennt er ein Aufweichen des Totalitarismus – bedingt durch außen-, innen- und wirtschaftspolitische Ursachen. Die landläufige These, die DDR sei gerade in den achtziger Jahren totalitär gewesen, habe es zu dieser Zeit doch einen enormen Bedeutungszuwachs des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) gegeben, kehrt Jesse um: Der Anstieg der Mitarbeiterzahlen im MfS signalisiere vielmehr eine Abnahme des totalitären Charakters, denn das SED-Regime vermochte nun nicht mehr

so offen gegen Andersdenkende vorzugehen wie zu Ulbrichts Zeiten.

Eine fast zweihundert Jahre zurückliegende Episode bemühte der Züricher Philosoph *Hermann Lübbe*: In seinem Vortrag ‚Tugend und Terror‘ zog er die Ermordung August von Kotzebue durch den Burschenschaftler Karl Ludwig Sand als Beispiel für moralische Selbstermächtigung zur Gewalt heran. Nach seiner Auffassung sind moralistische Gedankengänge in totalitären Systemen unabdingbar, sie dienen als Legitimationsbasis für die Liquidation des Rassen- oder Klassenfeindes. Lübbe setzte mit dieser Erkenntnis keineswegs Links- und Rechtstotalitarismus gleich. Aber in der Struktur der moralistischen Selbstermächtigung zur Gewalt seien sie identisch.

Von der Moral zur Ästhetik führten die Betrachtungen *Klemens von Klemperers* (Northampton, Mass.). Er erörterte Formen eines ‚ästhetischen Faschismus‘ bei den Philosophen und Kulturkritikern Martin Heidegger und Ernst Jünger. Klemperer

zählte sie ausdrücklich nicht zu den ‚doctrinaires de la révolution allemande‘; vielmehr machte er ihren ‚ästhetischen Faschismus‘ an einer eigenwilligen, verführerischen und mystischen Sprache fest.

Im Mittelpunkt der zweiten Runde stand der Vergleich totalitärer Diktaturen. *Detlef Schmichen-Ackermann* legte mit seinem Referat ‚Möglichkeiten und Grenzen des Diktaturvergleichs‘ das theoretische Fundament. Für den Magdeburger Politologen birgt der vor allem in der deutschen Wissenschaft nicht unumstrittene Diktaturvergleich eine Vielzahl an Vorzügen in sich. Im analytischen Bereich können durch diese spezielle Form des historischen Vergleichs Ursachen und Bedingungen für unterschiedliche Strukturen oder Entwicklungsprozesse



Tagung „Totalitarismus – Extremismus – Utopismus“ im Kulturrathaus der Stadt Dresden; Podium mit Prof. Jürgen Gebhardt, Prof. Eckhard Jesse, Prof. Boris Orlov, Prof. Hermann Lübke, Prof. Klemens von Klemperer, am Pult Prof. Gerhard Besier

ermittelt werden, auf deskriptiver Ebene ermöglichen Vergleiche von Diktaturen eine prägnante Konturierung und Profilierung der jeweils untersuchten Fallbeispiele. Die Bedenken derer, die sich aus moralischen Gründen oder falsch verstandener ‚political correctness‘ gegen bestimmte Vergleiche wenden, kann Schmieden-Ackermann nicht teilen. Gravierende Unterschiede zwischen verschiedenen Systemen werden nach seiner Auffassung durch einen reflektierten Vergleich gerade nicht verwischt, sondern deutlich hervorgehoben. Der Referent schloss mit einem Plädoyer für die Freiheit der Diktaturforschung: Sie sollte stets frei genug sein, sich von tages- und parteipolitischen Einflüssen zu lösen sowie alle notwendigen Fragen zu stellen.

Die Formel ‚distinguer mais comparer‘ machte sich auch *Lothar Fritze* (Dresden) zu eigen. Er untersuchte strukturelle Parallelen und inhaltliche Unterschiede zwischen kommunistischer und nationalsozialistischer Weltanschauung. Obwohl den prägenden totalitären Bewegungen des 20. Jahrhunderts sehr verschiedene Systemideologien zugrunde lägen, wiesen beide übereinstimmende Strukturmerkmale auf. Zur Überprüfung dieser These verglich der Referent zentrale Bestandteile der kommunistischen und der nationalsozialistischen Weltanschauung, indem er sich auf Karl Marx und den historischen Materialismus auf der einen und Adolf Hitlers ‚Mein

Kampf‘ auf der anderen Seite stützte. In beiden Ideologien fand Fritze die Vorstellung wieder, dass es eine Instanz gäbe, die aufgrund eines Erkenntnisvorsprungs legitimerweise einen Führungsanspruch geltend machen kann. Im Marxismus sei dies die Partei der Arbeiterklasse, im Nationalsozialismus der Führer Adolf Hitler. Beide Fälle ließen einen ‚Zwang zum Mitmachen‘ erkennen und zielten auf die Schaffung einer Art religiöser Glaubensbereitschaft, die nicht zuletzt einen außergewöhnlichen Aufopferungswillen der ‚Gläubigen‘ nach sich zieht. Fritze war sich bei der Herausarbeitung von Ähnlichkeiten durchaus bewusst, dass so manchen ein Unbehagen befällt, sobald die Namen von Marx und Hitler in einem Atemzug genannt werden. Daher unterstrich er einen wichtigen Unterschied: Während sich Stalin bei der ‚Legitimation‘ seiner Verbrechen niemals offen auf die Theorie von Karl Marx stützen konnte, sei die Möglichkeit der physischen Vernichtung der Juden in der Hitlerschen Weltanschauung enthalten.

Dem regionalgeschichtlichen Bereich der vergleichenden Diktaturforschung widmete sich *Mike Schmeitner* (Dresden). In seinem Vortrag ‚Herrschaft durch Kader‘ stellte er die Kaderpolitik von NSDAP und KPD/SED in der staatlichen Verwaltung Sachsens einander gegenüber. Dabei kam er zu dem Schluss, dass beide Seiten das Ziel verfolgten, den jeweiligen Verwaltungs- und

Staatsapparat unter ihre weltanschauliche Kontrolle zu bringen. Den Unterschied sieht Schmeitzner in der Reichweite der Schulungssysteme; hier seien die Kommunisten wesentlich über die Bestrebungen, einen Teil der Beamten und Angestellten weltanschaulich zu schulen und sie staatlich zu lenken, hinausgegangen. Vielmehr hätten sie mit Hilfe des Kadernomenklatursystems den Staats- und Verwaltungsapparat – gemäß dem sowjetischen Vorbild – vollständig der Parteiherrschaft unterworfen.

Auf regionalgeschichtlichem Gebiet forschte auch *Clemens Vollnhals* (Dresden), der das Schicksal der jüdischen Bevölkerung in Sachsen während der NS-Diktatur nachzeichnete. Das heterogene Leben der deutschen und der auf der Flucht vor Pogromen eingewanderten osteuropäischen Juden in den Gemeinden Sachsens war nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler aus den Fugen geraten. Schrittweise ging das selbständige jüdische Leben in Sachsen in den kommenden Jahren seinem – vorläufigen – Ende entgegen; durch den Boykott jüdischer Geschäfte, die Erlassung der Verdrängungsgesetze, die Flucht zahlreicher Gemeindemitglieder nach Palästina und schließlich den 9. November 1938, dem Verhaftung und Deportation von siebenhundert Juden folgten. Am Ende dieser Chronologie stand der 13./14. Februar 1945. Jene Nacht, so zitierte Vollnhals die Sichtweise einer Zeitzeugin, in der die Stadt Dresden zerstört wurde, war für die noch verbliebenen Menschen jüdischen Glaubens in Sachsen nicht der Untergang, sondern ein „Überlebenswunder“.

Den Herausforderungen an die Demokratie widmeten sich die Referenten der letzten Runde. *Uwe Backes* (Dresden) stellte in seinem Vortrag einflussreiche Varianten des Extremismus in Europa vor und ging besonders darauf ein, welche Rolle diese für die Bundesrepublik Deutschland spielen. Er widmete sich dem Rechts- und Linksextremismus sowie dem politisch-religiösen Fundamentalismus, wobei er auf Unterschiede zwischen ‚härteren‘ und ‚weicheren‘ Formen dieser Extremismen verwies. Eine dauerhafte Verankerung im Parteiensystem ist den deutschen Formationen des Rechtsextremismus nicht gelungen. Ihr Misserfolg sei nicht zuletzt darin begründet, dass es den Rechtsaußenparteien an charismatischen Führungspersonalitäten mangle. Ähnlicher Auffassung zeigte sich auch der Bonner Zeithistoriker *Hans-Peter Schwarz* (Bonn), der in seinem Vortrag ein Abebben des charismatischen (Ver-)Führertums in Europa seit dem Tod Stalins konstatierte. Laut Backes haben sich auch die linksextremen Gruppierungen nicht in der gesamtdeutschen Parteienlandschaft etablieren können. Sowohl der Rechts- als auch der Linksextremismus stell-

ten keine Gefährdung für den Bestand des deutschen Verfassungsstaates dar. Was das ‚importierte‘ Phänomen des politisch-religiösen Fundamentalismus angeht, so habe dieser an Bedeutung gewonnen, jedoch noch keine tieferen Wurzeln in Deutschland geschlagen. Für Backes gilt – in Abwandlung von Fritz Rene Allemanns berühmtem Diktum: Berlin ist nicht Weimar.

Von Berlin nach Moskau führte *Leonid Luks* (Eichstätt) in seinem Bericht über den ‚geistigen Bürgerkrieg‘ in der zerbrechenden Sowjetunion. Nach der Diskreditierung der kommunistischen Idee war ein Kampf um deren Nachfolge entbrannt, der auch die eurasische Idee der zwanziger Jahre wieder auf der politischen Tagesordnung erscheinen ließ. Die durch die Zeitschrift *Elementy* postulierten Gedanken jener Nationalpatrioten, die heute die Nachfolge der ‚Eurasier‘ angetreten haben, wenden sich gegen den Universalismus und die Schaffung einer ‚Neuen Weltordnung‘ im mondialistischen Sinne. Die ‚Elementy-Gruppe‘ unterscheide sich aber in einem wesentlichen Punkt von ihren geistigen Vätern. Während der Blick der Eurasier ausschließlich nach Osten gerichtet war und nur dort Verbündete gesucht wurden, kooperieren die ‚Elementy‘ gerne mit westlichen Rechtsextremisten, die sogar zu den Mitherausgebern der Zeitschrift gehören. Ob eine Gefahr von den neuen Eurasiern ausgeht und wie viele Anhänger sie bereits auf sich vereinen können, wurde nicht deutlich. Man darf sie wohl als postkommunistische Randerscheinung einordnen.

Die Beiträge der Jubiläumstagung zeigten einerseits, dass in der Diktaturforschung der letzten Jahre eine Vielzahl von Themen aufgegriffen und mit Sorgfalt bearbeitet wurde. Andererseits eröffneten sie Perspektiven für die künftige Totalitarismus- und Extremismusforschung. Die Arbeit des Hannah-Arendt-Instituts, das seinen Blick künftig auch auf die Diktaturforschung in Ostmittel- und Südeuropa richten will, dürfte dabei eine wichtige Rolle spielen.“

*Die Volksaufstände in Berlin (1953), Budapest (1956) und Prag (1968) und die Rolle der Religionsgemeinschaften*  
Dresden/Prag, 21.–24. August 2003

Die in Kooperation mit der internationalen Fachzeitschrift „Kirchliche Zeitgeschichte“ durchgeführte Tagung wurde von dem Sächsischen Staatsminister für Wissenschaft und Kunst, Dr. Matthias Rößler, eröffnet. In seiner Ansprache knüpfte dieser an das gerade ein wenig mehr als zwei Monate zurückliegende Gedenken an den

Volksaufstand vom 17. Juni 1953 an, den er als Wegbereiter für den Siegeszug von Freiheit und Demokratie im Jahre 1989 bezeichnete, auch wenn das Datum zunächst aus dem kollektiven Gedächtnis der Deutschen weitgehend verdrängt worden war. Mit der friedlichen Revolution von 1989 gelangte es wieder in das Bewußtsein der Menschen. Im Unterschied zur DDR und zur Tschechoslowakei ging das Gedenken an den ungarischen Volksaufstand von 1956 von der Budapester politischen Führung aus. Hingegen besann sich die Bürgerbewegung in der ČSSR wohl vor allem deshalb auf die 1948 erfolgte endgültige Zerstörung der Demokratie, weil das Scheitern des Prager Frühlings von 1968 die Reformunfähigkeit des Sozialismus sowjetischer Prägung deutlich gemacht hatte. Rößler appellierte, die Erhebungen, die wichtige Meilensteine auf dem Weg zu den Revolutionen in Ostmitteleuropa von 1989 bis 1992 waren, nicht in Vergessenheit geraten zu lassen.

Der Chemnitzer Politikwissenschaftler Eckhard Jesse nahm in seinem Einführungsvortrag eine Gesamtdeutung und Einordnung der Revolutionen im Ostblock von 1953 bis 1989 vor. Er machte deutlich, dass das Überleben der kommunistischen Herrschaftssysteme nur aufgrund ihres Schutzes durch die Sowjetunion und ihre Armee möglich gewesen war. Mit der Ausnahme von Prag 1968 entluden sich die Spannungen stets in Krisensituationen der UdSSR. Wechselbeziehungen zwischen den Erhebungen gab es nicht, doch war ihnen eine verbreitete Unzufriedenheit mit der kommunistischen Herr-

schaft gemeinsam. 1989 vollzog sich mit dem von Polen und Ungarn ausgehenden und durch den tiefen Reformbedarf der UdSSR bedingten Systemwechsel zur parlamentarischen Demokratie, der sich als eine nicht aufzuhaltende Kettenreaktion beschreiben lässt, eine Zeitenwende.

Der Berliner Historiker Roger Engelmann setzte in seiner Darstellung der Ereignisse um den 17. Juni 1953 ein mit der seit Juli 1952 forcierten Stalinisierungspolitik in der DDR. Die durch den Tod Stalins im März 1953 ausgelösten Veränderungen in der sowjetischen Politik erzwangen von der SED-Führung einen Kurswechsel, der die Parteibasis verwirrte und von der Bevölkerung als Schwächeeingeständnis gedeutet wurde. Der Referent verwies darauf, dass der von den Industriebetrieben ausgegangene Volksaufstand sich nicht auf Berlin (Ost) beschränkte, sondern mit regionalen Unterschieden die gesamte DDR ergriff, wobei die Bezirke Halle und Magdeburg einen Schwerpunkt bildeten. Bereits bei den ersten öffentlichkeitswirksamen Aktionen am 16. Juni war die Forderung nach freien Wahlen laut geworden.

Die Kirchenhistorikerin Andrea Strübind, Heidelberg, arbeitete heraus, dass sich die christlichen Kirchen mit den Aufständischen nicht solidarisierten. Dies hing im protestantischen Bereich vor allem mit dem am 10. Juni 1953 geführten Spitzengespräch mit Ministerpräsident Grotewohl zusammen, das die staatliche Repressionspolitik zu beenden versprach und dessen Ergebnisse man kirchlicherseits nicht zu gefährden bereit war. Zudem verpflichtete das abschließende Kommuniqué die Kirche zu einem Kurs der politischen Nichteinmischung. Als weitere Gründe für die kirchliche Zurückhaltung dürften die Furcht vor Unfrieden und Chaos sowie die Distanz gegenüber der den Aufstand im wesentlichen tragenden Arbeiterschaft anzusehen sein. Seine gesamtgesellschaftliche Bedeutung wurde nicht erkannt. Hingegen beteiligten sich Angehörige der kirchlichen Basis, insbesondere Mitglieder der Jungen Gemeinden, an den Demonstrationen. Diese Kluft zwischen dem diplomatischen Handeln der Kirchenleitungen und von unten ausgehenden Aktionen war im übrigen auch für die Phase seit 1982 kennzeichnend.

Mária Schmidt, Zeithistorikerin an der Katholischen Universität Budapest, schilderte den Stalinisierungsprozess in Ungarn und den rücksichtslosen Vernichtungsfeldzug gegenüber den Kirchen und der unabhängigen Bauernschaft. Die entscheidende Mehrheit der Bevölkerung widersetzte sich den sowjetischen Machthabern und kooperierte seit 1953 mit den Reformkommunisten. Die 1956 ausgebrochene Revolution, die von unten her



Eröffnung der Tagung in Dresden durch Staatsminister Dr. Matthias Rößler



Diskussionsrunde auf der Tagung in Prag mit Dr. Gerhard Lindemann (HAIT), Prof. Anders Jalert (Lund), Prof. Gerhard Ringhausen (Lüneburg), Prof. Gerhard Besier, Dr. Mikko Ketola (Helsinki)

eine enorme Dynamik gewann und auf die Errichtung einer bürgerlichen Demokratie zielte, entwickelte sich nach dem sowjetischen Eingriff zu einem Freiheitskampf. Er fügte dem Regime unheilbare Wunden zu und hatte seinen langsamen Erosionsprozess zur Folge. Auch in Ungarn spielten die Kirchen keine direkte Rolle, so Josef Fuisz, Zürich, doch können die Ereignisse ohne das in den Jahren des Terrors bei ihnen herrschende Lebensgefühl nicht verstanden werden. Sie hatten die Vorstellung, eine freie Kirche in einem freien Staat zu sein, aufgeben müssen. Das Empfinden, machtlos in einem Kerker zu leben, war unter Christen besonders verbreitet und bildete die Grundlage für die Ereignisse von 1956. Eindrucksvoll schilderte Fuisz den seit 1951 forcierten Gleichschaltungsprozeß der Kirchen und die 1956 einsetzenden innerkirchlichen Erneuerungsbewegungen, die ebenso wie die Ziele des Aufstandes in der Bevölkerung stark verankert waren. Mit der Niederschlagung der Revolution wurde auch dieser Prozess beendet und 1957 die Vorherrschaft kollaborationsbereiter Theologen wiederhergestellt.

Im Unterschied zu Berlin und Budapest vollzog sich der bis 1956 zurückreichende Erneuerungsprozess in der Tschechoslowakei in einem günstigen internationalen Klima. Der Prager Theologe Ladislav Beneš konzentrierte sich in seinem Referat auf die evangelische Kirche der Böhmisches Brüder. Im Vorfeld des „Prager Frühlings“,

der anders als die anderen Revolutionen im Ostblock den Sozialismus selbst nicht in Frage stellte, sondern zu demokratisieren beabsichtigte, erlebten protestantische Theologen Dialoge mit Marxisten und Reformkatholiken als Inseln der Freiheit und Wahrheitsfindung. Nach der Berufung von Alexander Dubček zum Ersten Sekretär der KP verhielt sich die Kirche der Böhmisches Brüder zunächst abwartend, äußerte in einer am 14. 3. 1968 abgegebenen Erklärung jedoch Sympathien für den demokratischen Sozialismus und bot die Mitarbeit der Christen an dem Erneuerungsprozess an. Nach dem sowjetischen Einmarsch im August 1968 artikuliert sie bis zum Februar 1969 die Hoffnung auf eine Fortsetzung der Reformpolitik. Wolfram Slupina, Selters, berichtete über die Verfolgung der Zeugen Jehovas in der Tschechoslowakei unter Nationalsozialisten und Stalinisten. Erst nach der Beseitigung der kommunistischen Herrschaft 1989 erfolgte ihre offizielle Anerkennung.

Der Dresdner Politikwissenschaftler Uwe Backes wies darauf hin, dass sowohl aus der Perspektive der kommunistischen Machthaber als auch des in den 50er Jahren in der westlichen Deutung dominierenden Totalitarismuskonzepts Volksaufstände in den Diktaturen des Ostblocks eigentlich undenkbar waren und deshalb für beide Seiten überraschend kamen. Den Verzicht auf Massendeportationen und die Lieferung von Hilfsgütern nach dem Ungarn-Aufstand wertete Hannah Arendt als

Signale für den Abbau des Totalitarismus. Auch das Wiederaufleben der Künste in einigen der osteuropäischen Gesellschaften galt als Beleg für diese These. Der Referent plädierte für eine Auffächerung des Begriffs Totalitarismus.

Resümierend hielt er für die Betrachtung der Rolle der Religionsgemeinschaften während der Erhebungen fest, dass sie zuvor, allerdings in unterschiedlichem Ausmaß, jeweils Opfer eines brutalen stalinistischen Terrors gewesen waren, was ihre eher kompromissorientierte Haltung verständlicher machen könnte, da sie sich offensichtlich vor einer Rückkehr der Bedrohung fürchteten. Auf das Beispiel Albanien verweisend, betonte er, dass ihre völlige Auslöschung nicht ganz ausgeschlossen gewesen war. Durch die Wandlung des Hegemon Sowjetunion änderten sich 1989/90 nach einer Phase der Detotalitarisierung die Rahmenbedingungen für Versuche, das kommunistische Herrschaftssystem zu beseitigen.

Gerhard Lindemann

*Sowjetisierung oder Neutralität? Optionen sowjetischer Besatzungspolitik in Deutschland und Österreich 1945–1955*

Dresden, 20.–22. November 2003

Seit längerem besteht in der Forschung die Tendenz, die Errichtung einer kommunistischen Diktatur in Deutschland als beinahe unausweichliches Ergebnis der Struktur sowjetischer Besatzungsherrschaft zu deuten. Doch ein vergleichender Blick auf Österreich stellt die These eines „Automatismus“ der Diktaturdurchsetzung in Frage. Diesem Aspekt widmete sich eine von der Stiftung Aufarbeitung geförderte Tagung des Hannah-Arendt-Institutes für Totalitarismusforschung e. V. (HAIT), die vom 20. bis zum 22. November 2003 im Dresdner Rathaus stattfand.

Anlass war ein offenkundiges Forschungsdesiderat: Während mit dem Zugang zu Akten aus den SED-Archiven und der partiellen Freigabe von Unterlagen der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) detailliert die Beeinflussung der deutschen Nachkriegsentwicklung durch das Handeln sowjetischer Offiziere nachgewiesen werden konnte, stellt sich umso dringender eine bislang unbeantwortete Frage. Wieso nahm die politische Entwicklung in Österreich, das wie Deutschland unter alliierter Besatzung gestanden hatte, einen völlig anderen Verlauf? Etwa 20 Wissenschaftler aus Russland, Österreich und Deutschland trafen sich zum

Austausch ihrer Forschungsergebnisse zu Struktur und Taktik sowjetischer Besatzungspolitik. Unter dem Titel „Sowjetisierung oder Neutralität? Optionen sowjetischer Besatzungspolitik in Deutschland und Österreich 1945–1955“ wurde in fünf Panels die Entwicklung in Österreich und Deutschland diskutiert.

Nach einer Begrüßung der Teilnehmer durch den stellvertretenden Direktor des HAIT Clemens Vollnhals eröffnete Alexei Filitov von der Russischen Akademie der Wissenschaften in Moskau das Panel I, das sich der sowjetischen Politik im Zweiten Weltkrieg widmete. Er erörterte die sowjetischen Deutschlandplanungen und betonte die erhebliche Differenz zwischen den in sowjetischen Fachkreisen erarbeiteten Vorschlägen und den Vorstellungen der sowjetischen Führung. Denn letztendlich habe Stalin sämtliche Angelegenheiten von politischer Tragweite bestimmt. Ihm waren die Planungen der deutschen Kommunisten und die Überlegungen der im Bund Deutscher Offiziere zusammengeschlossenen Wehrmachtsgeneräle untergeordnet. Überdies begegnete die sowjetische Seite letzteren im Unterschied zu den stets loyalen Kommunisten mit Vorbehalten.

Anschließend skizzierte Oliver Rathkolb (Wien) im Unterschied zu Deutschland die Funktion Österreichs in den sowjetischen Nachkriegsplanungen als die einer peripheren und befreiten „Kriegstrophäe“. Das Problem, ob Österreich als Feindstaat oder als Opfer nationalsozialistischer Expansion zu betrachten sei, habe die sowjetische Politik zugunsten der Opferrolle entschieden. Gleichzeitig sei sie vom Fortbestand eines unabhängigen österreichischen Staates ausgegangen. Bezüglich der Reparationen verfolgte die Sowjetunion eine Doppelstrategie, wobei neben dem Zugriff auf die industriellen Kapazitäten die Bedeutung der Verkehrswege für Südeuropa im Vordergrund stand. Österreich sei ein wichtiger Baustein im sowjetischen Sicherheitskonzept und Verhandlungsmasse für die Behandlung der deutschen Frage gewesen.

Jörg Morré (Bautzen) betrachtete die Position deutscher und österreichischer Kommunisten in den sowjetischen Planungen. Die Kursteilnehmer der antifaschistischen Kriegsschulen habe die KPD zwar nach parteipolitischen Prinzipien unter den Kriegsgefangenen ausgesucht, doch sei eine gezielte Ausbildung für die Besatzung von der politischen Hauptverwaltung der Roten Armee abgelehnt worden. Schließlich ließen die alliierten Vereinbarungen von Jalta sämtliche Hoffnungen obsolet werden: Kommunistische Funktionäre durften nicht landesweit eingesetzt, Vorauskommandos nicht geschickt und der Parteiapparat nicht errichtet werden. Kommunisten wur-



den von der Roten Armee für kommunale Aufgaben verwendet, wobei sie allerdings in der SBZ, anders als in Österreich, eine wichtige Rolle spielten.

Den zweiten Block zur „Besatzungsmacht UdSSR“ eröffnete Jan Foitzik (Berlin). In das Zentrum seines Vortrages stellte er Überlegungen zu den „Auswirkungen kompetenzieller Diffusion auf die Rekonstruktion von Besatzungspolitik“ am Beispiel der SMAD. Kompetenzielle Diffusion führe situativ und konstellationsbedingt zur Einengung des Handlungsspielraums der Besatzungspolitik. Die Auswirkungen dieser Organisations-spezifika mache mehrere Hypothesen plausibel: Zum einen könnte die Besatzungsmacht realpolitisch von Anfang an die Errichtung einer zonalen Diktatur angestrebt haben, zum anderen lasse die organisationssoziologische Sicht auch den Schluss zu, dass die Besatzungsmacht erst 1947 durch ihr eigenes Organisationsverhalten Sachzwänge schuf, die die Errichtung einer zonalen Diktatur bedingten. Beide Erklärungsmodelle unterstützen sich gegenseitig. Außerdem erörterte Foitzik die Bedeutung genereller Probleme für die Besatzungspolitik wie die geringe Sprachkenntnis der Offiziere, den Verschleiß personeller Ressourcen bei der Kontrolle des eigenen Apparates und die Barrieren von ideologischen Konstrukten.

Anschließend skizzierte Wolfgang Mueller (Wien) den Aufbau und die Entwicklung der sowjetischen Besatzungsbehörde SCSK. Im Vergleich zur SMAD lassen sich dabei sowohl Übereinstimmungen als auch Unterschiede feststellen. Beide Behörden wiesen eine parallele Grobstruktur auf; Rechtsakte in der SBZ seien von der Besatzungsbehörde in Österreich nachvollzogen worden. Ebenso hätten sich Strukturveränderungen der SMAD auf die SCSK ausgewirkt. Qualitative und quantitative Unterschiede sah Mueller hinsichtlich der Zugehörigkeit der SCSK zur alliierten Administration und der konstanten Personalentwicklung. In der Diskussion verwies Mueller noch auf die im Vergleich zur SBZ bedeutend stärkere Stellung der provisorischen Staatsregierung in Österreich, die teilweise die sowjetischen Eingriffsmöglichkeiten begrenzt habe. Außerdem sei die Option einer Abspaltung der sowjetischen Zone wegen ihrer geringen Größe problematisch gewesen.

In seinen Ausführungen zu den sowjetischen und deutschen Repressionsorganen betonte Andreas Hilger (Hamburg) die Rolle der Ideologie für die Tätigkeit der Sicherheitsdienste. Allen auf dem Gebiet der SBZ tätigen Organen lagen dieselben, von Moskau vorgegebenen Rahmenbedingungen zugrunde. Hilger verwies auf die integrale Stellung der Sicherheitsorgane innerhalb

der Besatzungsherrschaft. Die Verfolgung orientierte sich an ideologischen Axiomen, jeder politische Gegner galt als ein Handlanger des kapitalistischen Lagers. Dies verlieh dem Politikstil eine spezifische Eigendynamik, in dessen Resultat, so das Fazit Hilgers, die DDR als Besatzungsdiktatur entstand. Im sowjetischen Verständnis war Repression ein Mittel der Politik und unterstützte den Prozess der Sowjetisierung.

An Hilger anknüpfend, hob Harald Knoll (Graz) die Unterschiede zur österreichischen Situation hervor. Die sowjetisch besetzte Zone in Österreich könne nicht als Besatzungsdiktatur charakterisiert werden. Die sicherheitspolitischen Aufgaben wurden von der österreichischen Polizei wahrgenommen. Dies wirkte sich auch auf die Verfolgungspraxis aus: Knoll konstatierte, dass es keine prophylaktischen Zugriffe seitens des Sicherheitsapparates gegeben habe. In geringem Umfang waren für die Verhaftungen Denunziationen verantwortlich, doch hauptsächlich wurde nach Kriegsverbrechern und dem Personal der Lager und der Einsatzgruppen gesucht. Speziallager waren unbekannt. Seit 1950 nahmen die Verhaftungen wegen Spionage zu.

Die Vorträge von Panel III am Freitagvormittag gingen der Frage der Selbstverwaltung in den Besatzungszonen nach. Mike Schmeitzner (Dresden) konzentrierte sich auf die Entwicklung des von der KPD dominierten Parteiensystems in der SBZ. Er sprach von einer „simulierten Demokratie“, in der die Parteien lediglich eine Alibifunktion besaßen, da die SMAD alle ihr nicht genehmen politischen Kräfte unterdrückt habe. Eigenständige politische Ziele konnten nicht verfolgt werden. Bereits im Frühjahr 1946 seien mit der von Stalin angeordneten organisatorischen Vereinigung von KPD und SPD diktatorische Züge der Politik offen zutage getreten. Dies setzte sich im Wahlkampf 1946 fort, und in den folgenden Jahren wurden nicht nur die innerparteilichen Gegner der deutschen Kommunisten innerhalb der SED, sondern auch ihre demokratischen Widersacher durch Repression und Terror beseitigt.

Im Unterschied dazu scheiterte die sowjetische Besatzungspolitik in Österreich mit dem Konzept, ihre Interessen von der KPÖ vertreten zu lassen. Wolfgang Mueller (Wien) führte das auf die Rahmenbedingungen zurück. Die Parteienlandschaft entsprach der Zwischenkriegszeit, in der die KPÖ eine Splitterpartei gewesen war. Anders als in den Ländern Südosteuropas kennzeichnete die in Österreich eingesetzte Regierung der Nationalen Front keine Abhängigkeit von der UdSSR. Trotz sowjetischer Unterstützung konnten die Kommunisten die traditionell starke Position der konservativen



ÖVP und der sozialdemokratischen SPÖ mit demokratischen Mitteln nicht erschüttern. Die SCSK habe nicht wie die SMAD durch Anwendung von Terror die politische Entwicklung beeinflusst und sei auf dem legalen Weg zunehmend in die Defensive geraten. In sämtlichen Wahlen gelangte die KPÖ nicht über ihre marginale Position hinaus.

Gegensätze zeigten sich auch beim Verwaltungsaufbau. Nikita Petrow (Moskau) schilderte den sowjetischen Einfluss beim Neuaufbau deutscher Behörden und die Kontrolle des Verwaltungspersonals durch die zu stellvertretenden Kommandeuren ernannten Geheimdienstoffiziere. Neben ihnen übten die den deutschen Verwaltungsorganen zugeordneten SMA-Abteilungen eine Kontrollfunktion aus. Während Petrow die eingeschränkten Möglichkeiten deutscher Akteure darlegte, zeichnete Gerhard Jagschitz (Wien) für Österreich ein deutlich anderes Bild. Die politischen Parteien prägten die Entwicklung entscheidender als die sowjetische Besatzungsmacht. In den Gemeindeverwaltungen seien die ersten Ordnungsstrukturen entstanden und auf zentraler Ebene hätten sich hauptsächlich SPÖ und ÖVP über die Verteilung der Verwaltungsaufgaben geeinigt und sowohl Regierungs- als auch Verwaltungsfunktionen nach Parteienproporz besetzt. Dem Sozialdemokraten Karl Renner sei zwar mit Unterstützung der Besatzungsmacht in der zentralen Staatsregierung eine dominante Rolle zugefallen; gleichwohl habe sowjetischer Einfluss kaum geltend gemacht werden können und sich allenfalls der Alliierte Kontrollrat in das Verwaltungshandeln eingemischt.

In der Antwort von Jagschitz auf die durch seine Darstellung provozierte Frage, wieso sich die sowjetische Einflussnahme ausschließen lasse, da von Deutschland her die geringe Schriftlichkeit in der Interaktion zwischen sowjetischen und deutschen Dienststellen bekannt sei – was den Nachweis der unterlassenen Beeinflussung erschwere –, äußerte sich erneut ein Unterschied zur SBZ: In den österreichischen Archiven, so Jagschitz, schlugen sich explizit Wünsche und Vorstellungen der Besatzungsmacht in schriftlichen Quellen nieder.

Das Panel IV „Besatzungspolitik“ leitete Clemens Vollnhals (Dresden) mit einer Analyse von Internierung, Entnazifizierung und Strafverfolgung in Deutschland ein. In keinem dieser drei Bereiche lasse sich eine stringente Konzeption der sowjetischen Besatzungsmacht feststellen. Dies könne man an der Entwicklung der Speziallager ebenso wie bei der Entnazifizierung selbst erkennen. Die SMAD habe die Initiative zur politischen Säuberung weitgehend den deutschen Behörden überlassen. Die

Strafverfolgung der Besatzungsbehörden, so Vollnhals, orientierte sich weitgehend an den eingeübten stalinistischen Praktiken und verzichtete auf die Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien.

Im anschließenden Vortrag von Klaus-Dieter Mulley (Wien) wurden Gemeinsamkeiten der sowjetischen Entnazifizierungspolitik in Österreich und Deutschland deutlich. Auch hier habe die Besatzungsmacht den Entnazifizierungsprozess den lokalen Behörden überlassen und sich auf punktuelle und scheinbar unkoordinierte Verhaftungen beschränkt. Ausgehend von dem Verbots- und Kriegsverbrechergesetz 1945 skizzierte Mulley den Verlauf der Entnazifizierung und die Haltung der österreichischen Regierung, die ab 1946 zu einer raschen Lösung des „Nazi-Problems“ kommen wollte. Tatsächlich sei die Zeit nach Verabschiedung des kodifizierten Nationalsozialistengesetzes 1947 durch eine ausgeprägte Amnestiegesetzgebung gekennzeichnet, bis die Amnestie 1957 den juristischen Schlusspunkt setzte.

Burghard Ciesla (Berlin) führte in dem abschließenden Referat des Panels den Begriff des „Reparationsparadoxon“ zur Kennzeichnung der Wirtschaftspolitik in der SBZ ein. Diese werde vom Gegensatz zwischen den sowjetischen Vorgaben einer größtmöglichen Deindustrialisierungs- und Entnahmepolitik und dem notwendigen Erhalt einer funktionsfähigen Wirtschaft charakterisiert. Dabei orientierte sich die sowjetische Reparationspolitik an dem Verhältnis zu den Alliierten. Die Transformation der Wirtschaft zur Planwirtschaft, so Ciesla, habe sich aus den Zwängen einer pragmatischen Wirtschaftspolitik im Zeichen des beginnenden Kalten Krieges und der letztendlichen Teilung Deutschlands ergeben. Ingrid Fraberger (Wien), zuständig für das Koreferat über die österreichische Wirtschaftspolitik, hatte leider kurzfristig absagen müssen.

Der Sonabend stand im Zeichen der Ergebnisse sowjetischer Besatzungspolitik. Im Sinne einer „Besatzungsgeschichte von unten“ skizzierte Rainer Behring (Dresden) am Beispiel der sächsischen Arbeiterstadt Chemnitz die deutsche Besatzungserfahrung. Die Erforschung dieses Sujets, so hob er hervor, bereite dem Historiker Schwierigkeiten, da er kaum über aussagefähige authentische Quellen verfüge. Die wissenschaftliche Aufklärung werde zudem durch das Fehlen einer öffentlichen Auseinandersetzung über die von sowjetischer Seite in der Besatzungszone nicht intendierte Gewalt gegenüber den Deutschen behindert – Resultat einer verordneten „Beschweigungspflicht“ des Verhaltens der Besatzungstruppen und so vice versa der Erfahrungen der Besetzten. Die Schwierigkeit des Zugangs zu dieser Materie bestä-

tigte Barbara Stelzl-Marx (Graz), die sich der österreichischen Seite zuwandte und grundsätzliche Ähnlichkeiten herausstellte. Doch seien diese nicht nur auf negative Erfahrungen begrenzt. Stelzl-Marx verwies in diesem Zusammenhang auf den Topos des „kinderlieben Russen“. Die Besatzungserfahrung, so ihr Resümee, habe bei Besatzern und Besetzten prägende Spuren hinterlassen.

Zu kontroversen Diskussionen führte das Referat von Jochen Laufer (Potsdam). Anhand der Friedensvertragspolitik Stalins entwickelte er die These, die Teilung Deutschlands sei seit 1942 oberste Prämisse der sowjetischen Deutschlandpolitik gewesen. Die Zoneneinteilung habe der Sowjetunion zum einen die totale Verfügungsgewalt über ihr Gebiet und zudem ein Mitspracherecht in gesamtdeutschen Angelegenheiten gesichert. Propagandistisch wurde dabei mit unterschiedlicher Intensität der Erhalt der deutschen Einheit betont, doch entsprechende Schritte seien nie Bestandteil der realen Politik der Sowjetunion geworden.

Zum Abschluss der Tagung betrachtete Rolf Steininger (Innsbruck) den Weg bis zum Abschluss des Staatsvertrages 1955 und verwies auf die enge Anbindung der „österreichischen Frage“ an die „deutsche Frage“. Österreich habe, wie schon George Kennan erkannte, die Trumpfkarte der Sowjetunion gebildet, die sie erst bei der Lösung der deutschen Frage ausspielen wollte. Tatsächlich sei die Initiative zum Zustandekommen des Staatsvertrages von der UdSSR erst dann ergriffen worden, als sie nach der Gründung zweier deutscher Staa-

ten die deutsche Frage als erledigt betrachten und mit der Maßgabe der Neutralität die Einbindung Österreichs in die NATO verhindern konnte. Ob der Staatsvertrag als Modell für die Lösung der deutschen Frage hätte wirken können, bezweifelte Steininger aufgrund Adenauers Politik.

Auch wenn nicht alle Tagungsbeiträge stringent aufeinander bezogen waren, da sich die Ausprägungen sowjetischer Politik in den Besatzungszonen häufig voneinander unterschieden, konnte in Informationsfragen und Kommentaren gezielt auf ihre Differenzen und Gemeinsamkeiten eingegangen werden. In der Diskussion über Beweggründe und Ziele der sowjetischen Nachkriegspolitik in Europa verspricht der vergleichende Ansatz der Tagung einen erheblichen Erkenntniszuwachs, zumal die Referate in einem Tagungsband der zeithistorischen Forschung zugänglich werden und dadurch die Möglichkeit des weiteren Meinungsaustauschs eröffnen. Generell ist die vertiefte Anwendung der komparatistischen Methode bei einer künftigen Problematisierung von Fragen der Besatzungspolitik in Österreich und Deutschland über die Gegenüberstellung verschiedener Phänomene hinaus wünschenswert. Die Tagung des HAIT hat gezeigt, dass der Vergleich verschiedener Optionen der sowjetischen Besatzungspolitik in Europa wegführt von der Dichotomie häufig eingenommener Deutungsperspektiven und dadurch die analytische Durchdringung offener Probleme voranbringt.

Matthias Piefel / Thomas Widera

## 5. Hannah-Arendt-Seminar

2003/2004 fanden bisher folgende Sitzungen des institutsinternen Hannah-Arendt-Seminars statt:

15.1.2003 Dr. Francesca Weil: Landräte im Spannungsfeld von Kooperation und Konfrontation. Eine vergleichende Studie zum Kreis Annaberg 1928 bis 1961

9.4.2003 Prof. Władysław Bartoszewski: Erfahrungen unter zwei totalitären Fremdherrschaften

14.10.2003 Dr. Patrick Moreau: Kontinuität und Wandel des Kommunismus in Westeuropa

26.11.2003 PD Dr. Lothar Fritze: Was heißt und zu welchem Ende betreibt man Totalitarismusforschung?

10.12.2003 Dr. Michael Richter: Zum Verhältnis von Geschichts- und Sozialwissenschaft und zum Auftrag des HAIT aus der Sicht eines Geschichtswissenschaftlers

3.2.2004: Prof. Dr. Frédéric Hartweg (Universität Strasbourg): Politische Entwicklungen der 1920er/30er Jahre in Frankreich

10.3.2004 Dr. Michael Richter: Die friedliche Revolution in Sachsen

16.3.2004 Prof. Dr. Jeffrey M. Peck (American Institute for Contemporary German Studies, Washington D. C.): Kulturelle Identitäten in einer globalisierten Welt

## 6. Pressestimmen aus dem Berichtsjahr

Uni-Journal vom 15. April 2003:

### Gerhard Besier wird neuer HAIT-Chef

Der Heidelberger Professor Gerhard Besier wird zum 15. April 2003 neuer Direktor des Dresdner Hannah-Arendt-Instituts (HAIT). Besier erarbeitete unter anderem empirische Studien zur nationalsozialistischen Diktatur wie auch zur SED-Diktatur. Er ist Gastprofessor am Department of History

der Stanford University, Kalifornien, sowie auch Gastprofessor in Schweden. Besier ist Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des Instituts für Zeitgeschichte München und erhielt 1997 den Forschungspreis der Stiftung Historisches Kolleg im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft. PI

Der Heidelberger Professor Gerhard Besier wird zum 15. April 2003 neuer Direktor des Dresdner Hannah-Arendt-Instituts (HAIT). Besier erarbeitete unter anderem empirische Studien zur nationalsozialistischen Diktatur wie auch zur SED-Diktatur. Er ist Gastprofessor am Department of History der Stanford University, Kalifornien, sowie auch Gastprofessor in Schweden. Besier ist Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des Instituts für Zeitgeschichte München und erhielt 1997 den Forschungspreis der Stiftung Historisches Kolleg im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft.

Badisches Tageblatt vom 16. Juni 2003:

*Mike Schmeitzner von der Universität Dresden hält Festvortrag anlässlich des 50. Jahrestags des 17. Juni 1953.*

Rastatt (my) – Seit dem 3. Oktober 1989 war er etwas in Vergessenheit geraten: der 17. Juni 1953, bis zum Fall der Mauer hierzulande als „Tag der deutschen Einheit“ begangen. Gestern allerdings standen die Geschehnisse des ersten Volksaufstands in der DDR erneut im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. Die Landeszentrale für politische Bildung hatte dazu nach Rastatt eingeladen – und zahlreiche Interessierte aus ganz Baden-Württemberg waren dem Ruf in die Barockstadt gefolgt. Umrahmt wurde der Festakt vom Vocalensemble Rastatt.

Rastatt war als Ort der zentralen Gedenkveranstaltung nicht ohne Bedacht ausgewählt worden. Hier fand im Juli 1849 die erste freiheitlich-demokratische Bewegung auf deutschem Boden ihr gewaltsames Ende. Oberbürgermeister Klaus-Eckhard Walker versäumte denn auch nicht, auf dieses Geschehnis der mit revolutionären Ereignissen nicht eben reich bestückten deutschen Geschichte hinzuweisen. Hinzu kommt, dass Bundespräsident Gustav Heinemann 1974 im Rastatter Schloss die

Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte ins Leben rief. Zwei wesentliche Gründe, um anlässlich des 50. Jahrestags des 17. Juni 1953 an die Murg einzuladen. Es kamen so viele Menschen (rund 400), dass der Festakt vom Ahnensaal des Schlosses in die Badner Halle verlegt werden musste.

Mit Mike Schmeitzner vom Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung an der Technischen Universität Dresden hielt ein junger Wissenschaftler den Festvortrag. Der gebürtige Sachse betonte nicht ohne Stolz, dass gerade Dresden im Besonderen und Sachsen im Allgemeinen 1953 mit zu den Hochburgen der Erhebung gehörten. Der Rundfunk hatte innerhalb kürzester Zeit den Funken der Revolte aus der Hauptstadt in die Provinz getragen und vielerorts große Flächenbrände entfacht. Der Anstoß dazu ging ausgerechnet von jener Bevölkerungsgruppe aus, in deren Namen die KPD 1945 in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) die Macht an sich gerissen hatte: der Arbeiter.

Überhaupt hatte der 17. Juni 1953 eine lange Vorgeschichte. Er war der Höhepunkt der Unzufriedenheit mit den einschneidenden Maßnahmen des sich festigenden SED-Regimes. Ging die Entwicklung Deutschlands im Westen von Beginn an in Richtung Demokratie, so war die Tendenz in der SBZ genau entgegengesetzt. Industrie, Banken sowie Grund und Boden wurden verstaatlicht, die Pressefreiheit fand ein Ende, das freie Spiel der Parteien wurde unterbunden. Gleichschaltung in Richtung Diktatur lautete die Devise der moskauhörigen Nomenklatura. Freilich wollte man den demokratischen Anschein wahren: „Es muss demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand behalten“, lautete Walter Ulbrichts Devise.

1953, als der Alpdruck Stalin mit dessen Tod gewichen war, war die Geduld der Menschen zu Ende. Der so unerschütterlich erscheinende Ostblock erhielt seinen ersten tiefen Riss, weitere folgten 1956 in Ungarn, 1968 in der Tschechoslowakei. Schmeitzner gelang es, eindringlich und vielschichtig die zweitägige Revolte 1953 und ihre Konsequenzen in der Provinz nachzuzeichnen. Ein Dresdener Gewerkschafter, den der NS-Volksgerechthof 1943 zum Tode verurteilt hatte, wurde – nachdem er das Dritte Reich mit Glück überlebt hatte – 1953 erneut zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt, weil er sich für die Freiheit eingesetzt hatte. Der SED-Staat war eine Diktatur und handelte so, das Individuum war rechtlos und dem zurückschlagenden, von sowjetischen Panzern gestützten System ausgeliefert. Erst 1989 wurden wesentliche Ziele der Aufständischen von 1953 Wirklichkeit: Demokratie und Einheit.

DIE WELT vom 7. Juli 2003:

*„Wir hatten alle Angst“. Über Totalitarismus kann man reden: Das Hannah-Arendt-Institut in Dresden wird 10*

von Berthold Seewald

„DDR 1986. Es herrscht Bewegung statt Stagnation, die Zaghaftigkeit hat einer selbstbewussten Gelassenheit Platz gemacht ... Und es ist ja drüben in der Tat ein soziales System entstanden, das unseres in mancher Hinsicht in den Schatten stellt.“ Es war nicht irgendein einäugiger Idealist, der diese Beobachtung meinte gemacht zu haben, sondern der damalige Chefredakteur der „Zeit“, Theo Sommer.

Der Geist, den der Reisebericht atmete, hatte kurz zuvor seine intellektuellen Weihen erhalten, im sogenannten Historikerstreit. Über die Frage, ob man denn die beiden säkularen Diktaturen überhaupt miteinander vergleichen dürfe, hatte sich die westdeutsche Geschichtswissenschaft überworfen. Jene, die ein Verdikt propagierten, obsiegten. Und damit verschwand die Vorstellung im Mülleimer der Geschichte, Nationalsozialismus und Kommunismus seien als totalitäre Systeme der westlichen Demokratie gemeinsam entgegengesetzt. Drei Jahre später, am 9. November 1989, zeigte die Geschichte den Menschen, dass sie sich so leicht nicht entsorgen lässt.

Von dem Verlust an prophetischer Autorität haben sich manche akademische Disziplinen und Glaubensschulen bis heute nicht erholt. Um so wichtiger war es, dass damals – unter dem Eindruck der Ereignisse – Konsequenzen gezogen wurden, zum Beispiel in Sachsen. Bereits 1991 beschloss man, ein Institut zur Erforschung des Widerstands gegen Diktatur und Gewaltherrschaft zu gründen. Bezeichnenderweise am 17. Juni 1993 wurde das interdisziplinäre „Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung“ (HAIT) an der TU Dresden eröffnet. Der Vergleich von brauner und roter Diktatur hat seitdem wieder einen herausragenden Ort im deutschen Wissenschaftsbetrieb gefunden. Denn je mehr offenbar wurde, dass die DDR auch ein Stasi-Staat war, wurde das Totalitarismus-Konzept von den ideologischen Schlacken des Kalten Krieges befreit und fand wieder Einlass in die Debatten und Seminare.

Wie sehr der Historikerstreit der 80er Jahre mittlerweile Vergangenheit ist, zeigte jetzt die Jubiläumstagung „Totalitarismus – Extremismus – Utopismus“, zu dem das HAIT namhafte internationale Köpfe nach Dresden geladen hatte – und einstige Akteure. Ihre Debatte im Ple-

Sächsische Zeitung vom 4. Juli 2003:

## Geschichte

# Ost- und Südeuropa im Blick des Arendt-Instituts

**Dresden.** Das Dresdner Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung will seine Forschungsthemen erweitern. „Wir wollen unsere Arbeit auf totalitäre Systeme in Süd- und Osteuropa ausweiten, dem italienischen Faschismus und Spanien unter Franco mehr Aufmerksamkeit widmen“, sagte Institutschef Gerhard Besier gestern in Dresden. Die Erforschung der Nazi-herrschaft und auch der SED-Diktatur bleibe Hauptaspekt.

Das Institut will sich auch autoritären Systemen Ost- und Mitteleuropas zuwenden. „Wir werden uns unter anderem mit der Herrschaft von Jozef Pilsudski in Polen und Miklos Horthy in Ungarn beschäftigen“, kündigte Besier an. Geplant ist ferner eine Tagung in Prag über Volksaufstände in der CSSR, der DDR und Ungarn sowie die Gründung einer Zeitschrift. (dpa)

narsaal des Sächsischen Landtags kam einem Plädoyer gleich: Zeitzeugenschaft ist ein hohes Gut und damit eine Verpflichtung für Historiker, sie zu notieren, so lange es noch geht. Es war erstaunlich, wie der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl sowie die drei sächsischen Politiker – Wissenschaftsminister Matthias Rößler (CDU) und die Landtagsabgeordneten Peter Adler (SPD) und Monika Runge (PDS) – die Angst zu vergegenwärtigen

wussten, die hinter den Bildern des 9. Novembers lauer- te. Die Russen hatten eine halbe Million Mann, ausge- rüstet für den Tag X, in der DDR stationiert, sagte Kohl. Hätte Gorbatschow den Falken im Kreml nicht wider- standen, der Riss in der Mauer wäre wieder geschlossen worden, mit unabsehbaren Folgen. Rößler, damals Mit- glied des Demokratischen Aufbruchs und am Runden Tisch in Dresden, erinnerte an das Trauma der niederge- schlagenen Aufstände von 1953 und 1956. „Die wurden auf Familienfeiern gepflegt.“ Als Egon Krenz nach der Kommunalwahl von 1989 im Hinblick auf die Zahl der durchgestrichenen Stimmzettel androhte, man könne auch anders, sei sie wieder da gewesen, diese Angst. Nur mit jedem Schritt, den das System zuließ, habe man Mut für neue Aktionen geschöpft.

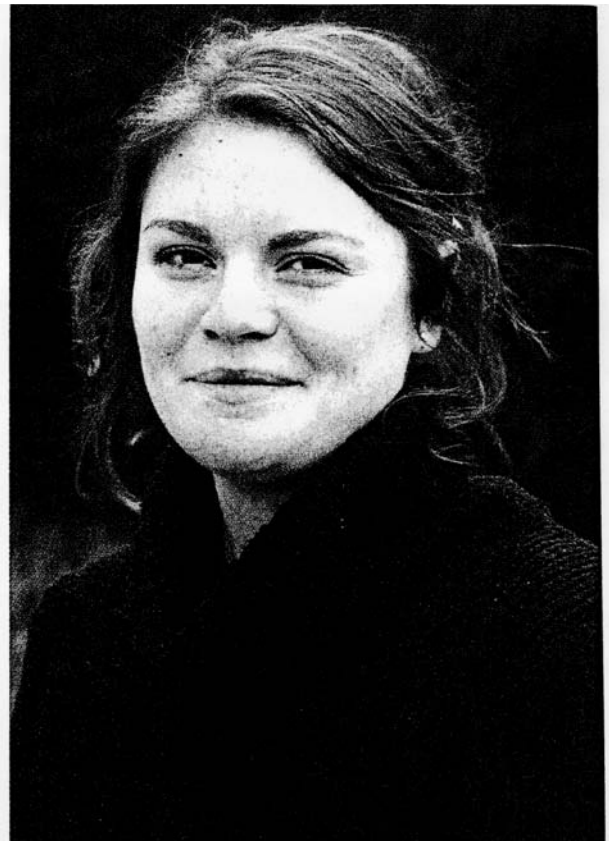
Entscheidend aber sei das Verhalten der Russen gewe- sen, bestätigte sein Parlamentarier-Kollege Peter Adler. „Wären sie marschiert, ich wäre wieder im Mauselloch verschwunden.“ Ein klares Bekenntnis. Auch das damali- ge SED-Mitglied Monika Runge sprach von Angst vor den Russen und einem zweiten Parteiverfahren, das 1989 gegen sie angestrengt wurde. Das SED-Regime war kein monolithischer Block, sagte sie, und Helmut Kohl nickte. Er habe das damals auch nicht gewusst. „Unser Informationsstand darüber, was in der DDR wirklich passierte, war mehr als mäßig“, bekannte er. Seitdem habe er so seine Zweifel an der Leistungsfähig- keit von Nachrichtendiensten.

Gleichwohl gehört die Allgegenwart von Geheimdiens- ten zur totalitären Realität. Diese mag in ihrer national- sozialistischen und kommunistischen Spielart so unter- schiedlich sein wie Äpfel und Birnen. Vergleichen aber könne man sie doch, beschrieb tags darauf der Magde- burger Historiker Detlef Schmichen-Ackermann Mög- lichkeiten und Grenzen des Diktaturvergleichs. Welches Potenzial in ihm steckt, analysierte der Zürcher Philo- soph Hermann Lübke am Beispiel der Ermordung Kot- zebues 1819. Indem der Täter, der Burschenschaftler Student Karl Ludwig Sand, sich auf das höchste morali- sche Recht berief, legitimierte er den Rechtsbruch des Mordes. Totalitarismus braucht eine Moral, in deren Sin- ne er handelt, sei es die klassenlose Gesellschaft oder die arische Weltherrschaft. Nicht die reale Herrschaft der politischen Systeme ist also totalitär, so der Erlanger Politologe Jürgen Gebhardt, sondern vor allem ihr mora- lisch-ideologischer Anspruch.

In diesem Sinn haben auch die weniger „entwickelten“ Diktaturen in Italien, Spanien oder Kambodscha ihren totalitären Kern, und auch der Islamismus. Gerhard Be- sier, neuer Direktor des HAIT, zog die Konsequenz, als

er ankündigte, dass das Institut seinen Focus auch auf die anderen europäischen Regime richten werde. Die wissenschaftlichen und persönlichen Streitereien, die zeitweise das Haus bekannter machten als seine Arbeit, sind offensichtlich überwunden. Die Arbeit des HAIT ist dafür viel zu wichtig.

Uni-Journal vom 3. 2. 2004:



Anna Lainault, die in Strasbourg im 7. Semester Geschichte, Politikwissenschaft und deutsche Sprache studiert, absolviert derzeit am Hannah-Arendt-Institut an der TU Dresden ein Praktikum. Dabei bereitet sie schon ihre Abschlussarbeit vor, die sich um das Thema «Umwandlung der SED zur PDS während und nach der politischen Wende in Dresden» dreht. Dabei arbeitet sie auch – neben ihrer Quellensuche in verschiede- nen Bibliotheken, so der SLUB und der PDS-Bibliothek, die entsprechenden Jahrgänge des Universitätsjournals durch, um sich über die konkreten Abläufe an der TU Dresden kundig zu machen. M. B. / Foto: UJ/Eckold

Anne Lainault, die in Strasbourg im 7. Semester Ge- schichte, Politikwissenschaft und deutsche Sprache stu- diert, absolviert derzeit am Hannah-Arendt-Institut an der TU Dresden ein Praktikum. Dabei bereitet sie schon ihre Abschlussarbeit vor, die sich um das Thema „Um- wandlung der SED zur PDS während und nach der poli- tischen Wende in Dresden“ dreht. Dabei arbeitet sie auch – neben ihrer Quellensuche in verschiedenen Bib- liotheken, so der SLUB und der PDS-Bibliothek – die entsprechenden Jahrgänge des Universitätsjournals durch, um sich über die konkreten Abläufe an der TU Dresden kundig zu machen.

## 7. Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

### 7.1 Vorstellung



**PD Dr. Uwe Backes** Stellvertreter der Direktor, Privatdozent an der Technischen Universität Dresden

*Studium:* Politikwissenschaft, Geschichte, Germanistik an der Universität Trier

*Berufliche Stationen:*  
1988–1994 Akademischer Rat a. Z. Universität Bayreuth

1997/98 Feodor Lynen-Forschungsstipendiat der Alexander von Humboldt-Stiftung am „Centre d’Etude pour la Vie Politique Française“ (CEVIPOF), Paris  
Sommersemester 1998 Otto von Freising-Gastprofessor, Katholische Universität Eichstätt  
1998/99 Heisenberg-Stipendiat der DFG  
seit 1999 stellvertretender Direktor des Hannah-Arendt-Instituts  
Wintersemester 2000/2001 Gastprofessur an der Universität Paris-X: Nanterre

*Forschungsschwerpunkte:*

Demokratietheorie, Ideologiegeschichte, vergleichende Extremismusforschung, autoritäre und totalitäre Diktaturen

*Aktuelles Forschungsprojekt:*

Begriffsgeschichte der politischen Extreme

*Ausgewählte Veröffentlichungen:*

Totalitarismus – Extremismus – Terrorismus. Ein Literaturführer und Wegweiser im Lichte deutscher Erfahrung (zusammen mit Eckhard Jesse), 2. aktualisierte und erweiterte Auflage, Opladen 1985.

Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten. Elemente einer normativen Rahmentheorie, Opladen 1989.

Bleierne Jahre. Baader-Meinhof und danach, Erlangen 1991.

Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland (zusammen mit Eckhard Jesse) (Studien zur Geschichte und Politik 272), 4. völlig überarbeitete und aktualisierte Ausgabe, Bonn 1996.

Die extreme Rechte in Deutschland. Geschichte – gegenwärtige Gefahren – Ursachen – Gegenmaßnahmen, im Auftrag des B’nai B’rith/München (zusammen mit Patrick Moreau), 2. erweiterte Auflage, München 1994.

Schutz des Staates. Von der Autokratie zur „streitbaren Demokratie“ (Otto von Freising-Vorlesungen der Katholischen Universität Eichstätt 17), Opladen 1998.

Liberalismus und Demokratie – Antinomie und Synthese. Zum Wechselverhältnis zweier politischer Strömungen im Vormärz (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 120), Düsseldorf 2000.

„Ein Gespenst geht um in Europa“. Das Erbe kommunistischer Ideologien. Hg. mit Stephane Courtois, Köln/Weimar/Wien 2002.

(Hg.): Rechtsextreme Ideologien in Geschichte und Gegenwart, Köln/Weimar/Wien 2003.

Jahrbuch Extremismus und Demokratie. Hg. mit Eckhard Jesse, 1989 ff.



**Dr. Gerhard Barkleit** Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Beauftragter des Direktors für Personal- und Haushaltsangelegenheiten

*Studium:* Physik an der Technischen Universität Dresden

*Berufliche Stationen:*

1967–1973 Wissenschaftlicher Assistent an der Bergakademie Freiberg

1973–1990 Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Zentralinstitut für Kernforschung Rossendorf, im Zentrum für Forschung und Technologie Mikroelektronik Dresden und im Institut für Halbleiterphysik Frankfurt/Oder (Themenleiter, Gruppenleiter, Stellvertretender Abteilungsleiter; Arbeitsaufenthalte im Vereinigten Institut für Kernforschung Dubna bei Moskau)

1991/92 Wissenschaftsjournalist

seit Juli 1992 Mitwirkung am Aufbau des Hannah-Arendt-Instituts

seit 1993 Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts

*Forschungsschwerpunkte:*

Geschichte von Industrie, Technik und Naturwissenschaften in der SBZ/DDR; Hochtechnologien in Diktaturen

*Aktuelles Forschungsprojekt:*

Manfred von Ardenne. Wissenschaftler in 3 Diktaturen

*Ausgewählte Veröffentlichungen:*

(Hg.): Hochschulpolitik. Die Erneuerung der sächsischen Hochschulen. Eine Dokumentation, Dresden 1993.

Zur Geschichte der Luftfahrtindustrie in der DDR 1952–1961 (Berichte und Studien 1), Dresden 1995.  
Die Rolle des MfS beim Aufbau der Luftfahrtindustrie der DDR (Berichte und Studien 5), Dresden 1996.  
Anfällige Aufsteiger. Inoffizielle Mitarbeiter des MfS in Betrieben der Hochtechnologie (zusammen mit Anette Dunsch) (Berichte und Studien 15), Dresden 1998.  
Hochtechnologien in der Zentralplanwirtschaft der DDR. Zum Dilemma der Mikroelektronik der DDR in den achtziger Jahren. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 38/97 vom 12. September 1997, S. 18–24.  
Mikrochips als „Wunderwaffe“ – Hochtechnologie in der Zentralplanwirtschaft der DDR. In: Dresdner Beiträge zur Geschichte der Technikwissenschaften, 25 (1998), S. 71–87.  
Mikroelektronik in der DDR. SED, Staatsapparat und Staatssicherheit im Wettstreit der Systeme (Berichte und Studien 29), Dresden 2000.



**Prof. Dr. Dr. Gerhard Besier**  
Direktor, Professor für Totalitarismusforschung an der Technischen Universität Dresden

*wissenschaftlicher Werdegang:*  
1972 Erstes theol. Examen  
1975 Promotion zum Dr. theol. in Tübingen  
1978 Dipl.-Psych. in Tübingen  
1982 Habilitation im Fach Kir-

chengeschichte in Bielefeld  
1986 Promotion zum Dr. phil. in Geschichtswissenschaften an der FU Berlin.  
1972–1979 Assistent am Lehrstuhl Klaus Scholder (Tübingen).  
1979/80 Wiss. Mitarbeiter an der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg.  
1980–1986 Rektor des Religionspädagogischen Instituts Loccum.  
1987–1992 Lehrstuhl für Neuere und Neueste Kirchengeschichte an der Kirchlichen Hochschule Berlin.  
1992–2003 Lehrstuhl für Historische Theologie und Konfessionskunde an der Universität Heidelberg.  
1997 Forschungspreis des Historischen Kollegs im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft (München).  
Seit Mitte April 2003 an der TU Dresden

*Forschungsschwerpunkte:*  
Staat, Kirche und Gesellschaft in nationaler und internationaler Perspektive

Staatskirchen, Volkskirchen, Freikirchen und Sondergemeinschaften  
Historische Freiheitsforschung in transatlantischer Perspektive

*Ausgewählte Veröffentlichungen:*  
Preußische Kirchenpolitik in der Bismarckära. Berlin/New York, 1980.  
Kriegsschulddiskussion nach 1918. Göttingen 1983.  
Entnazifizierung und Selbstreinigung nach 1945. Göttingen 1986.  
Der SED-Staat und die Kirche. 3 Bde. München; Berlin, 1993–1995.  
Die Kirchen und das Dritte Reich. Bd. 3: Spaltungen und Abwehrkämpfe 1934–1937, Berlin/München 2001.  
Herausgeber der Zeitschriften „Totalitarismus und Demokratie“, „Kirchliche Zeitgeschichte“ und „Religion–Staat–Gesellschaft“



**PD Dr. Lothar Fritze**  
Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Mitglied der Redaktion, Privatdozent an der Technischen Universität Chemnitz

*Studium:*  
Betriebswirtschaft in Karl-Marx-Stadt (Chemnitz)

*Berufliche Stationen:*  
seit 1993 Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Hannah-Arendt-Instituts

*Forschungsschwerpunkte:*  
Probleme der angewandten Ethik  
Totalitarismusforschung  
DDR-Geschichte  
Probleme des deutsch-deutschen Vereinigungsprozesses

*Aktuelles Forschungsprojekt:*  
Utopisches Denken – Karl Marx und der Marxismus

*Ausgewählte Veröffentlichungen:*  
Innenansicht eines Ruins. Gedanken zum Untergang der DDR, München 1993.  
Panoptikum DDR-Wirtschaft. Machtverhältnisse – Organisationsstrukturen – Funktionsmechanismen, München 1993.  
Die Gegenwart des Vergangenen. Über das Weiterleben der DDR nach ihrem Ende, Köln 1997.

Täter mit gutem Gewissen. Über menschliches Versagen im diktatorischen Sozialismus (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung 6), Köln 1998.

Essentialismus in der Totalitarismusforschung. Über Erscheinungsformen und Wege der Vermeidung. In: Achim Siegel (Hg.): Das Totalitarismuskonzept nach dem Ende des Kommunismus, Köln 1998, S. 143–166.  
Der Westen im DDR-Alltag. Einwirkungen – Wahrnehmungen – Reaktionen. In: Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ (13. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), Bd. V: Alltagsleben in der DDR und in den neuen Ländern, hg. vom Deutschen Bundestag, Baden-Baden 1999, S. 101–108, S. 114–115, S. 120–121.

„Ostalgie“ – Das Phänomen der rückwirkenden Verklärung der DDR-Wirklichkeit und seine Ursachen. In: Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ (13. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), Bd. V: Alltagsleben in der DDR und in den neuen Ländern, hg. vom Deutschen Bundestag, Baden-Baden 1999, S. 479–510.



**Edward Hamelrath** USA, Fulbright-Stipendiat

*Studium:*

BBA Marketing – Business, Mississippi State University, 1989; MA Moderne Europäische Geschichte, University of Nebraska at Omaha, 1993; BA Germanistik, University of Memphis, 2003; Doktorant, Moderne Europäische Geschichte,

University of Memphis, 1995–1998, ab 2002; Fulbright-Stipendiat 2003–2004



**Tina Kwiatkowski** Promotionsstipendiatin

*Studium:*

1995–2002 Universität Augsburg; 1. Staatsexamen für Lehramt an Gymnasien in Bayern, Fächer: Deutsch, Geschichte

*Aktuelles Forschungsprojekt:*

Verfolgte Schüler

*Veröffentlichung:*

Nach Buchenwald. Die Beeinflussung Jugendlicher durch ihre Internierung im Speziallager Nr. 2, Buchenwald, München/Mering 2002.



**Anne Lainault** Frankreich, Erasmus-Stipendiatin

*Studium:*

Geschichte, Politikwissenschaft und deutsche Sprache an der Universität Strasbourg



**Dr. Gerhard Lindemann** Wissenschaftlicher Mitarbeiter

*Studium:*

Evangelische Theologie in Göttingen, Heidelberg und Berlin

*Berufliche Stationen:*

1991–1992 Wiss. Mitarbeiter Kirchliche Hochschule Berlin

1992–1997 Vernehmung einer Assistentenstelle an der Theologischen Fakultät Heidelberg (Kirchengeschichte)

1997–2003 Wiss. Assistent an der Theologischen Fakultät Heidelberg (Kirchengeschichte)

seit 2003 Wiss. Mitarbeiter am Hannah-Arendt-Institut

*Forschungsschwerpunkte:*

Kirchengeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts (insbes. Kirche in den Diktaturen in Deutschland und Ostmittel-



europa; Kirche und Antisemitismus; Theologische Wissenschaft im NS-Staat; Ökumene; Religionsfreiheit)

*Aktuelle Forschungsprojekte:*

Historische Freiheitsforschung in transatlantischer Perspektive: Historische Herausarbeitung europäischer und vor allem angloamerikanischer Freiheitstraditionen  
Die Protokolle der Kirchenleitung der Evangelischen Kirche der Altpreußischen Union (ApU) (Juni 1945–Dez. 1948) (Editionsprojekt; gemeinsam mit Gerhard Besier)

Neutestamentliche Wissenschaft in der NS-Zeit

*Ausgewählte Veröffentlichungen:*

„Typisch jüdisch“. Die Stellung der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers zu Antijudaismus, Judenfeindschaft und Antisemitismus 1919–1949 (Schriftenreihe der Gesellschaft für Deutschlandforschung 63), Berlin 1998.

„Sauerteig im Kreis der gesamtchristlichen Ökumene“: Das Verhältnis zwischen der Christlichen Friedenskonferenz und dem Ökumenischen Rat der Kirchen. In: Besier, Gerhard/Boyens, Armin/Lindemann, Gerhard, Nationaler Protestantismus und Ökumenische Bewegung. Kirchliches Handeln im Kalten Krieg (1945–1990) (Zeitgeschichtliche Forschungen 3), Berlin 1999, S. 653–932.

Landesbischof August Marahrens (1885–1950) und die hannoversche Geschichtspolitik. In: KZG, 8 (1995), S. 396–425.

Christen jüdischer Herkunft als Gegenstand hannoverscher Kirchenpolitik im NS-Staat. In: Grosse, Heinrich, W. u. a. (Hg.), Bewahren ohne Bekennt? Die hannoversche Landeskirche im Nationalsozialismus, Hannover 1996, S. 329–373.

Die Aktenüberlieferung der evangelischen Kirche in der DDR. In: Gesamtdeutsche Formen der Erinnerung an die beiden deutschen Diktaturen und ihre Opfer. Archive (Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ [13. Wahlperiode des Deutschen Bundestages]. Hg. vom Deutschen Bundestag, VI), Frankfurt/M./Baden-Baden 1999, S. 1015–1045.

Die preußisch-deutsche Reichsgründung 1870/71 und die polnische Minderheit. In: KZG, 15 (2002), S. 24–51.



**Grazia Francesca Piombo M.A.**  
Wissenschaftliche Mitarbeiterin

*Studium:*

Germanistik, Anglistik, Romanistik an der Universität Heidelberg

*Berufliche Stationen:*

seit 1995 Redaktionelle Mitarbeit an der Zeitschrift „Kirchliche Zeitgeschichte“

seit 2000 Chefredaktion der Zeitschrift „Religion – Staat – Gesellschaft“

seit 2003 Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Hannah-Arendt-Institut

*Forschungsschwerpunkt:*

Faschismusforschung (besonders Italien und Spanien), Totalitarismusforschung

*Aktuelles Forschungsprojekt:*

Graf Galeazzo Ciano



**Arnd Reinhardt M.A.** Stipendiat der Konrad-Adenauer-Stiftung

*Studium:*

Politikwissenschaft, Neuere Geschichte, öffentliches Recht.  
Grundstudium an der Gerhard-Mercator-Universität Duisburg, 1994–1997. Hauptstudium an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, 1997–2001

*Forschungsschwerpunkt:*

Extremismusforschung

*Aktuelles Forschungsprojekt:*

Dissertation: „Linksextremisten im Internet“



**Dr. Michael Richter** Wissenschaftlicher Mitarbeiter

*Studium:*

Evangelische Theologie in Ost-Berlin; Geschichte und Politische Wissenschaften in Hannover; Geschichte, Politische Wissenschaften und Evangelische Theologie in Bonn

*Berufliche Stationen:*

1986–1989 Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Archiv für Christlich-Demokratische Politik in Sankt Augustin  
1989–1994 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Seminar für Osteuropäische Geschichte der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn  
seit 1994 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Hannah-Arendt-Institut

*Forschungsschwerpunkte:*

Geschichte der SBZ/DDR

*Aktuelle Forschungsprojekte:*

Die Bildung des Freistaates Sachsen 1989/90  
Friedliche Revolution in Sachsen 1989/90

*Ausgewählte Veröffentlichungen:*

Die Ost-CDU. Zwischen Gleichschaltung und Widerstand 1948 bis 1952 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 19), Düsseldorf 1990.  
Die Revolution in Deutschland 1989/90. Anmerkungen zum Charakter der „Wende“ (Berichte und Studien 2), 3. Auflage Dresden 1997.  
Die Staatssicherheit im letzten Jahr der DDR (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts 4), Köln 1996.  
„Einer von beiden muß so bald wie möglich entfernt werden“. Der Tod des sächsischen Ministerpräsidenten Rudolf Friedrichs vor dem Hintergrund des Konfliktes mit Innenminister Kurt Fischer 1947 (Eine Expertise des Hannah-Arendt-Instituts im Auftrag der Sächsischen Staatskanzlei) (zusammen mit Mike Schmeitzner), Leipzig 1999.  
Die Gruppe der 20. Gesellschaftlicher Aufbruch und politische Opposition in Dresden 1989/90 (zusammen mit Erich Sobeslavsky) (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts 12, Quellen und Forschungen zur friedlichen Revolution in Sachsen), Köln 1999.  
Entscheidungstage in Sachsen. Berichte von Staatssicherheit und Volkspolizei über die friedliche Revolution im Bezirk Dresden. Eine Dokumentation (zusammen mit Erich Sobeslavsky). Hg. von der Behörde des Sächsi-

schen Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, Dresden 1999.

Friedliche Revolution in Sachsen. Das Ende der DDR und die Wiedergründung des Freistaates (zusammen mit Sigrid Meuschel und Hartmut Zwahr) (Berichte und Studien 22), Dresden 1999.

Der Kreis Oschatz in der friedlichen Revolution 1989/90 (zusammen mit Martin Kupke) (Berichte und Studien 39), Dresden 2002.

Entscheidung für Sachsen. Grenzkreise und -kommunen bei der Bildung des Freistaates Sachsen 1989–1994 (Berichte und Studien 38), Dresden 2002.



**Dr. Mike Schmeitzner M.A.** Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Mitglied der Redaktion

*Studium:*

Geschichte und Germanistik an der Technischen Universität Dresden

*Berufliche Stationen:*

seit 1998 Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Hannah-Arendt-Instituts

*Forschungsschwerpunkte:*

Geschichte des Parlamentarismus im 19. und 20. Jahrhundert, Weimarer Republik, Sachsen/Deutschland 1945–1952, friedliche Revolution 1989/90

*Aktuelle Forschungsprojekte:*

Instanzen der Diktaturdurchsetzung in Sachsen 1945–1952  
Sowjetische Militärtribunale 1941–1955  
Christliche Jugend zwischen den Diktaturen

*Ausgewählte Veröffentlichungen:*

Sowjetische Militärtribunale. Band 2: Die Verurteilung deutscher Zivilisten 1945–1955 (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts 17-2). Hg. mit Andreas Hilger und Ute Schmidt, Köln/Weimar/Wien 2003.  
Diktaturdurchsetzung in Sachsen. Studien zur Genese der kommunistischen Herrschaft 1945–1952 (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts 22). Hg. mit Rainer Behring, Köln/Weimar/Wien 2003.  
Die Partei der Diktaturdurchsetzung. KPD/SED in Sachsen 1945–1952 (zusammen mit Stefan Donth)

(Schriften des Hannah-Arendt-Instituts 21), Köln/Weimar/Wien 2002.

Diktaturdurchsetzung. Instrumente und Methoden der kommunistischen Machtsicherung in der SBZ/DDR 1945–1955 (Berichte und Studien 35). Hg. mit Andreas Hilger und Ute Schmidt, Dresden 2001.

Schulen der Diktatur. Die Kaderausbildung der KPD/SED in Sachsen 1945–1952 (Berichte und Studien 33), Dresden 2001.

Alfred Fellisch 1884–1973. Eine politische Biographie (Geschichte und Politik in Sachsen 12), Köln 2000.

„Einer von beiden muß so bald wie möglich entfernt werden“. Der Tod des sächsischen Ministerpräsidenten Rudolf Friedrichs vor dem Hintergrund des Konfliktes mit Innenminister Kurt Fischer 1947 (Eine Expertise des Hannah-Arendt-Instituts im Auftrag der Sächsischen Staatskanzlei) (zusammen mit Michael Richter), Leipzig 1999.



**Carsten Schmidt M.A.** Wissenschaftliche Hilfskraft

*Studium:*

Neuere und Neueste Geschichte, Mittelalterliche Geschichte und Philosophie an der Technischen Universität Dresden

*Berufliche Stationen:*

seit Juni 2003 Wissenschaftliche Hilfskraft am Hannah-Arendt-Institut

*Forschungsschwerpunkt:*

Politische Polizei in Demokratie und Diktatur 1918–1945 Erster Weltkrieg

*Aktuelles Forschungsprojekt:*

Sachsen im Ersten Weltkrieg



**Dr. Clemens Vollnhals M.A.** Stellvertretender Direktor, Lehrbeauftragter an der Technischen Universität Dresden

*Studium:*

Neuere und Neueste Geschichte, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Politikwissenschaft an der Ludwig-Maximilians-Universität München

*Berufliche Stationen:*

1989–1992 Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte, München

1992–1997 Fachbereichsleiter in der Abteilung Bildung und Forschung beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Berlin

seit 1998 Stellvertretender Direktor des Hannah-Arendt-Instituts

*Forschungsschwerpunkte:*

Konservative Revolution und NS-Bewegung, Entnazifizierung, Staatssicherheit und politische Justiz, kirchliche Zeitgeschichte

*Aktuelle Forschungsprojekte:*

Konservative Revolution und Nationalsozialismus Sachsen in der NS-Zeit (Arbeitstitel)

Staatssicherheit und politische Justiz in der Ära Honecker

*Veröffentlichungen:*

Evangelische Kirche und Entnazifizierung. Die Last der nationalsozialistischen Vergangenheit, München 1989.

Entnazifizierung. Politische Säuberung und Rehabilitation in den vier Besatzungszonen, München 1991.

(Hg.): Hitler. Reden, Schriften, Anordnungen. Februar 1925 bis Januar 1933. Bd. 1: Die Wiedergründung der NSDAP, München 1992.

„In der DDR gibt es keine Zensur“. Die Evangelische Verlagsanstalt und die Praxis der Druckgenehmigung 1954–1989 (zusammen mit S. Bräuer), Leipzig 1995.

(Hg.): Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit. Eine Zwischenbilanz, Berlin 1997<sup>2</sup>.

Der Fall Havemann. Ein Lehrstück politischer Justiz, 2. Auflage Berlin 2000.

Justiz im Dienste der Parteiherrschaft. Rechtspraxis und Staatssicherheit in der DDR. Hg. mit Roger Engelmann, 2. Auflage Berlin 2000.

(Hg.): William L. Shirer: This is Berlin. Rundfunkreportagen aus Deutschland 1939–1940, Leipzig 1999.

Der Schein der Normalität. Herrschaft und Alltag in der SED-Diktatur. Hg. mit Jürgen Weber, München 2002.  
(Hg.): Sachsen in der NS-Zeit. Leipzig 2002  
(Hg.): Wehrmacht – Verbrechen – Widerstand. Vier Beiträge zum nationalsozialistischen Weltanschauungskrieg (Berichte und Studien 40), Dresden 2003  
Repression und Selbstbehauptung. Die Zeugen Jehovas unter der NS- und der SED-Diktatur (Zeitgeschichtliche Forschungen 21). Hg. mit Gerhard Besier, Berlin 2003.



**Dr. phil. Francesca Weil**  
Stipendiatin

*Studium:*  
1981–1985 Pädagogische Hochschule Leipzig  
Abschluss: Diplomlehrer für Geschichte und Deutsch

*Berufliche Stationen:*  
1985–1988 Forschungsstudium an der Pädagogischen Hochschule Leipzig/Fachbereich Geschichte (Promotion)  
1988–1995 wissenschaftliche Assistenz an der PH Leipzig bzw. Universität Leipzig/Historisches Seminar  
1996–2002 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Neuere und Zeitgeschichte/Universität Leipzig  
seit 2003 Stipendiatin am HAIT Dresden

*Forschungsschwerpunkte:*  
Widerstand und politische Verfolgung in der SBZ/DDR  
Sozial- und Alltagsgeschichte der DDR  
Diktaturenvergleich („Drittes Reich“, SBZ, DDR)  
Geschichte des MfS der DDR

*Aktuelles Forschungsprojekt:*  
Verstrickung von Ärzten in das IM-Netz und der Einfluss des MfS auf das Gesundheitswesen der DDR

*Ausgewählte Veröffentlichungen:*  
Herrschaftsanspruch und soziale Wirklichkeit. Zwei sächsische Betriebe in der DDR während der Honecker-Ära, Köln/Weimar/Wien 2000.  
Zwischen Anpassung und Verweigerung. Zur Entwicklung sozialer Verhaltensmuster am Beispiel zweier sächsischer Betriebe zwischen 1970 und 1997. In: Deutschland Archiv 31/1998, Heft 4, S. 547–563.  
Betriebliches Sozialverhalten in der DDR der 70er und 80er Jahre am Beispiel zweier sächsischer Betriebe. In: Peter Hübner, Klaus Tenfelde (Hg.), Arbeiter in der SBZ-DDR, Essen 1999, S. 321–354.

Der Betrieb als sozialer Raum vor und nach 1989. Möglichkeiten und Grenzen der Interessenwahrnehmung von Arbeitnehmern sowie informelle Strategien und Verhaltensmuster im Alltagsleben. In: Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit“, Band V (Alltagsleben in der DDR und in den neuen Ländern), Frankfurt/Main 1999, S. 577–654. (zusammen mit Günther Heydemann)

Wirtschaftliche, politische und soziale Veränderungen in einem Leipziger Betrieb 1989/90. In: Werner Müller, Gunther Mai, Günther Heydemann (Hg.), Revolution und Transformation in der DDR 1989/90, Berlin 1999, S. 525–544.

Betrachtungen zum Frauenalltag in der DDR. Untersuchungen an zwei sächsischen Frauenbetrieben während der Honecker-Ära. In: Heiner Timmermann (Hg.), Die DDR – Analysen eines aufgegebenen Staates, Berlin 2001, S. 179–197.

Annaberger Landräte im Spannungsfeld von kompetenter Amtsführung und parteipolitischer Indoktrination 1945–1961. In: Deutschland Archiv 36/2003, Heft 2, S. 256–271.

Landräte im Spannungsfeld zwischen Kooperation und Konfrontation. Komparatistische Studie zum Kreis Annaberg (1933–1961). In: Günther Heydemann, Heinrich Oberreuter (Hg.), Diktaturen in Deutschland. Strukturen, Institutionen und Verhaltensweisen im Vergleich, Bonn 2003 (erscheint in der Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung 2003).



**Thomas Widera M. A.**  
Wissenschaftlicher Mitarbeiter

*Studium:*  
Neuere/Neueste Geschichte, Wirtschafts- und Sozialgeschichte und Soziologie an der Technischen Universität Dresden

*Forschungsschwerpunkt:*  
Geschichte der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ)

*Aktuelles Forschungsprojekt:*  
Diktaturdurchsetzung in Dresden 1945–1952

*Ausgewählte Veröffentlichungen:*  
Between occupation regime and struggle for survival: The economical and social situation in Dresden 1945. In: Wolfram Jäger/Carlos A. Brebbia (Hg.), The Revival of Dresden, Southampton 2000, S. 19–29.

## 7.2 Lehrtätigkeit

*PD Dr. habil. Uwe Backes*

TU Dresden, 2003 Sommersemester Hauptseminar: Politisch-religiöser Fundamentalismus: Theorie und Praxis

TU Dresden, 2003/04 Wintersemester Vorlesung: Stabilitätsprobleme politischer Systeme: von Aristoteles zur Gegenwart

*Prof. Dr. Dr. Gerhard Besier*

TU Dresden, 2003/04 Wintersemester Hauptseminar: Die Geschichte des Freiheitsverständnisses in den USA

TU Dresden, 2003/04 Wintersemester Vorlesung: Die Diktaturen Europas im 20. Jahrhundert

*PD Dr. habil. Lothar Fritze*

TU Chemnitz, 2003 Sommersemester Proseminar: Was ist Gerechtigkeit?

TU Chemnitz, 2003/04 Wintersemester Hauptseminar: Kritischer Rationalismus – eine Einführung für Politikwissenschaftler

TU Chemnitz, 2003/04 Wintersemester Hauptseminar: Soziale Gerechtigkeit

*Dr. Gerhard Lindemann*

TU Dresden, 2003/04 Wintersemester Hauptseminar: Die Geschichte des Freiheitsverständnisses in den USA (gemeinsam mit Prof. Besier)

*Dr. Mike Schmeitzner*

TU Dresden, 2003 Wintersemester Proseminar: Erklärungsmodelle totalitärer Herrschaft

*Dr. Clemens Vollnhals M. A.*

Karls-Universität Prag, 2003 Sommersemester Seminar: Die nationalsozialistische Diktatur 1933–1945

TU Dresden, 2003 Sommersemester Hauptseminar: Jüdisches Leben und Antisemitismus in Deutschland 1871–1945

TU Dresden, 2003/04 Wintersemester Hauptseminar: Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus nach 1945 in der Bundesrepublik und in der DDR

Karls-Universität Prag, 2003/04 Wintersemester Seminar: Sozialismus in einem halben Land. Die Deutsche Demokratische Republik 1945/49–1989

## 7.3 Veröffentlichungen

*Herausgeber-Tätigkeit*

Backes, Uwe; Jesse, Eckhard (Hg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 15, Baden-Baden 2003.

Backes, Uwe (Hg.): Rechtsextreme Ideologien in Geschichte und Gegenwart (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts 20), Köln/Weimar/Wien 2003.

Behring, Rainer; Schmeitzner, Mike (Hg.): Diktaturdurchsetzung in Sachsen. Studien zur Genese der kommunistischen Herrschaft 1945–1952 (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts 22), Köln/Weimar/Wien 2003.

Besier, Gerhard; Vollnhals, Clemens (Hg.): Repression und Selbstbehauptung. Die Zeugen Jehovas unter der NS- und der SED-Diktatur (Zeitgeschichtliche Forschungen 21), Berlin 2003.

Hilger, Andreas; Schmeitzner, Mike; Schmidt, Ute (Hg.): Sowjetische Militärtribunale, Band 2, Die Verurteilung deutscher Zivilisten 1945–1955 (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts 17/2), Köln/Weimar/Wien 2003.

Vollnhals, Clemens (Hg.): Wehrmacht – Verbrechen – Widerstand. Vier Beiträge zum nationalsozialistischen Weltanschauungskrieg (Berichte und Studien 40), Dresden 2003.

*Beiträge in Zeitschriften/Sammelbänden*

Backes, Uwe: „Totalitäres Denken“ – Konzeptgeschichte, Merkmale, herrschaftspraktische Wirkungen. In: Religion – Staat – Gesellschaft, 4/2003, S. 41–56.

Backes, Uwe; Jesse, Eckhard: 1918 – 1933 – 1945 – 1989. Ein Vergleich der Zäsuren und Phasen in extremismustheoretischer Perspektive. In: Jahrbuch Extremismus & Demokratie, 15/2003, S. 13–33.

Backes, Uwe: Antifaschismus, Antikommunismus, Antitotalitarismus – am Beispiel der SED-Propaganda über den 17. Juni 1953. In: Stephan, Annegret (Hg.): Der Aufstand im Juni 1953. Erkenntnisse nach 50 Jahren, Magdeburg 2003, S. 85–104.

Backes, Uwe: Auf der Suche nach einer international konsensfähigen Terrorismusdefinition. In: Jahrbuch Öffentliche Sicherheit, 1/2003, S. 153–165.

- Backes, Uwe: Dokumentation 2002. In: Jahrbuch Extremismus & Demokratie, 15/2003, S. 146–156.
- Backes, Uwe; Jesse, Eckhard: Editorial. In: Jahrbuch Extremismus & Demokratie, 15/2003, S. 7–11.
- Backes, Uwe: Einleitung. In: Backes, Uwe (Hg.): Rechts-extreme Ideologien in Geschichte und Gegenwart, Köln/Weimar/Wien 2003, S. 7–14.
- Backes, Uwe: Extremismus und politisch motivierte Gewalt. In: Jesse, Eckhard; Sturm, Roland (Hg.): Demokratien des 21. Jahrhunderts im Vergleich. Historische Zugänge, Gegenwartsprobleme, Reformperspektiven, Opladen 2003, S. 341–367.
- Backes, Uwe: Organisationen 2002. In: Jahrbuch Extremismus & Demokratie, 15/2003, S. 131–145.
- Backes, Uwe: Rechtsextremismus – Konzeptionen und Kontroversen. In: Backes, Uwe (Hg.): Rechtsextreme Ideologien in Geschichte und Gegenwart, Köln/Weimar/Wien 2003, S. 15–52.
- Backes, Uwe; Jesse, Eckhard: Ursachen des politischen Extremismus. Unterschiedliche Forschungsansätze in der Diskussion. In: Aktion Jugendschutz Sachsen Info. Zeitschrift für Kinder- und Jugendschutz, 10/2003, Nr. 2, S. 2–7.
- Barkleit, Gerhard: Ardenne, Manfred von, Prof. Dr. h. c. mult., Erfinder, Wissenschaftler, Unternehmer. In: Schattkowski, Martina (Hg.): Sächsisches Lexikon (Elektronisches Lexikon), Dresden 2003.
- Barkleit, Gerhard: Mikroelektronik in Lehre und Forschung an der Technischen Universität Dresden. In: Hänseroth, Thomas (Hg.): Wissenschaft und Technik. Studien zur Geschichte der TU Dresden, Köln 2003, S. 259–281.
- Barkleit, Gerhard: Selbstverwirklichung in Weltanschauungsdiktaturen – der Erfinder, Wissenschaftler und Unternehmer Manfred von Ardenne. In: Religion, Staat, Gesellschaft, 4/2003, S. 57–74.
- Besier, Gerhard: „Ihm wurde die Fähigkeit aberkannt, zu den Prüfungen der Landeskirche in Baden zugelassen zu werden.“ Albert Böhler (1908–1990) – Heidelberger Theologiestudent, Religiöser Sozialist und deutscher Emigrant. In: KZG, 16/2003, S. 185–238.
- Besier, Gerhard: Amerikas Holocaust-Kultur als „Christianisierung“ des Massenmords an den europäischen Juden. In: Menora. Jahrbuch für deutsch-jüdische Geschichte, Bd. 14, Berlin/Wien 2003, S. 137–161.
- Besier, Gerhard: Das Schuldverständnis in Kirche und Gesellschaft. Begriff und Sache im 20. Jahrhundert. In: Dutt, Carsten (Hg.): Herausforderungen der Begriffsgeschichte, Heidelberg 2003, S. 149–172.
- Besier, Gerhard: Die Partei als Kirche – der Fall DDR. Religion – Totalitarismus – „Politische Religion“. In: Hildebrand, Klaus (Hg.): Zwischen Politik und Religion. Studien zur Entstehung, Existenz und Wirkung des Totalitarismus (Schriften des Historischen Kollegs, Kolloquien 59), München 2003, S. 113–138.
- Besier, Gerhard: In Contradiction to the Grassroots? The Stance of the Federal Council of the Churches of Christ (FCC) towards the “Third Reich“. In: Kyrkohistorisk årsskrift, Lund 2003, S. 139–156.
- Besier, Gerhard: La espiritualidad cristiana en la Reforma. In: Anuario de Historia de la Iglesia XII, 2003, S. 129–138.
- Besier, Gerhard: Pastorennationalismus und autoritärer Staat. Politische „Glaubenskulturen“ im deutschen Protestantismus während der 20er und 30er Jahre. In: RSG, 4/2003, S. 7–40.
- Besier, Gerhard: Seventy Years after „Machtergreifung“. The German Churches’ Political Stance 1933–2003. In: KZG, 16/2003, S. 187–212.
- Besier, Gerhard: Vorurteile, Verfolgungen und Verbote. Zur sozialen Diskriminierung der Zeugen Jehovas am Beispiel der „Christlichen Verantwortung“. In: Besier, Gerhard; Vollnhals, Clemens (Hg.): Repression und Selbstbehauptung. Die Zeugen Jehovas unter der NS- und der SED-Diktatur, Berlin 2003, S. 135–158.
- Fritze, Lothar: Die Moral der Täter. Über moralische Selbstlegitimierung in der Weltanschauungsdiktatur. In: Aufklärung und Kritik, 2003, Nr. 2, S. 116–141.
- Fritze, Lothar: Moralisch erlaubtes Unrecht. Dürfen Unschuldige getötet werden, um andere zu retten? In: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 51/2003, S. 213–231.
- Fritze, Lothar: Rechtfertigen, Entschuldigen, Vorwerfen. Zur Theorie des moralischen Urteilens. In: Religion – Staat – Gesellschaft, 4/2003, S. 75–96.
- Hilger, Andreas; Schmeitzner, Mike; Schmidt, Ute: Widerstand und Willkür. Studien zur sowjetischen Strafverfolgung parteiloser Zivilisten in der SBZ/DDR 1945–1955. In: Hilger, Andreas; Schmeitzner, Mike; Schmidt, Ute (Hg.): Sowjetische Militärtribunale, Band 2, Die Verurteilung deutscher Zivilisten 1945–1955 (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts 17/2), Köln/Weimar/Wien 2003, S. 193–264.
- Klewin, Silke; Schmeitzner, Mike: Anklage „Sozialdemokratismus“: Der Fall Benno von Heynitz. In: Hilger, An-

dreas; Schmeitzner, Mike; Schmidt, Ute (Hg.): Sowjetische Militärtribunale, Band 2, Die Verurteilung deutscher Zivilisten 1945–1955 (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts 17/2), Köln/Weimar/Wien 2003, S. 417–438.

Lindemann, Gerhard: Antijudaismus und Antisemitismus in den evangelischen Landeskirchen während der NS-Zeit. In: Geschichte und Gesellschaft, 29/2003, S. 575–607.

Lindemann, Gerhard: Christian Teaching about Jews in Protestant Germany (1919–1945). In: KZG, 16/2003, S. 37–51.

Richter, Michael: Der Weg zur deutschen Einheit. In: Eppelmann, Rainer; Faulenbach, Bernd; Mähler, Ulrich (Hg.): Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung, Paderborn u. a. 2003, S. 353–359.

Richter, Michael; Gehrt, Eberhard: So kann es nicht weitergehen. Radebeul aus der Perspektive des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS). In: Stadt Radebeul (Hg.): Dokumentation der Wende 1989/90 in Radebeul, Radebeul 2003, S. 86–91.

Schmeitzner, Mike: Als Spion und Saboteur im Gulag. Die Karrieremuster des Polizeichefs Ludwig Hoch. In: Hilger, Andreas; Schmeitzner, Mike; Schmidt, Ute (Hg.): Sowjetische Militärtribunale, Band 2, Die Verurteilung deutscher Zivilisten 1945–1955 (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts 17/2), Köln/Weimar/Wien 2003, S. 439–484.

Schmeitzner, Mike: Der 17. Juni 1953 – nicht nur ein Berliner Ereignis: Vorgeschichte, Verlauf und Rezeption. In: Mitteilungen aus dem Bundesarchiv, 11/2003, Nr. 2, S. 16–27.

Schmeitzner, Mike; Hilger, Andreas: Einleitung: Deutschlandpolitik und Strafjustiz. Zur Tätigkeit sowjetischer Militärtribunale in Deutschland 1945–1955. In: Hilger, Andreas; Schmeitzner, Mike; Schmidt, Ute (Hg.): Sowjetische Militärtribunale. Band 2. Die Verurteilung deutscher Zivilisten 1945–1955 (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts 17/2), Köln/Weimar/Wien 2003, S. 7–34.

Schmeitzner, Mike: Enttäuschte Hoffnungen auf einen demokratischen Neuanfang. Die „Junge Union“ Sachsens 1945–1949. In: Kaff, Brigitte (Hg.): Junge Union 1945–1950. Jugendpolitik in der sowjetisch besetzten Zone, Freiburg 2003, S. 89–148.

Schmeitzner, Mike: Formierung eines neuen Polizeistaates. Aufbau und Entwicklung der politischen Polizei in Sachsen 1945–1952. In: Behring, Rainer; Schmeitzner, Mike (Hg.): Diktaturdurchsetzung in Sachsen. Studien

zur Genese der kommunistischen Herrschaft 1945–1952. (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts 22), Köln/Weimar/Wien 2003, S. 201–267.

Schmeitzner, Mike: Genossen vor Gericht. Die sowjetische Strafverfolgung von Mitgliedern der SED und ihrer Vorläuferparteien 1945–1954. In: Hilger, Andreas; Schmeitzner, Mike; Schmidt, Ute (Hg.): Sowjetische Militärtribunale, Band 2, Die Verurteilung deutscher Zivilisten 1945–1955 (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts 17/2), Köln/Weimar/Wien 2003, S. 265–344.

Schmeitzner, Mike: Landrat, Saboteur und Nationalsozialist? Der Fall Hans Sammler. In: Hilger, Andreas; Schmeitzner, Mike; Schmidt, Ute (Hg.): Sowjetische Militärtribunale, Band 2, Die Verurteilung deutscher Zivilisten 1945–1955 (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts 17/2), Köln/Weimar/Wien 2003, S. 485–518.

Schmeitzner, Mike; Woyke, Meik: Oberbürgermeister auf Bewährung. Der Fall Albert Schulz. In: Hilger, Andreas; Schmeitzner, Mike; Schmidt, Ute (Hg.): Sowjetische Militärtribunale, Band 2, Die Verurteilung deutscher Zivilisten 1945–1955 (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts 17/2), Köln/Weimar/Wien 2003, S. 519–536.

Schmeitzner, Mike/Wagner, Andreas: Zweierlei „Macht ergreifung“. Der diktatorische Zugriff von NSDAP und KPD/SED auf die sächsische Verwaltung. In: Heydemann, Günther; Oberreuter, Heinrich (Hg.): Diktaturen in Deutschland – Vergleichsaspekte (Schriftenreihe der Bundeszentrale für Politische Bildung 398), Berlin 2003, S. 56–93.

Vollnhals, Clemens: Nacional-socializm u zachidnonimec'kich doslidzennjach Istorii suchasnosti pislja 1945 roku (Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus in der westdeutschen Zeitgeschichtsforschung nach 1945). In: Istorija ta istoriografija v Jevropi, 1–2/2003, S. 19–30.

Vollnhals, Clemens: Politische Säuberung als Herrschaftsinstrument: Entnazifizierung in der Sowjetischen Besatzungszone. In: Horch & Guck, 12/2003, Nr. 44, S. 9–13.

Vollnhals, Clemens: Zwischen Verdrängung und Aufklärung. Die Auseinandersetzung mit dem Holocaust in der frühen Bundesrepublik. In: Büttner, Ursula (Hg.): Die Deutschen und die Judenverfolgung im Dritten Reich, Frankfurt a.M. 2003, S. 381–422.

Widera, Thomas: „... eine gute saubere anständige politische Gesinnung“. Entnazifizierung als Instrument der Diktaturdurchsetzung in Dresden 1945. In: Behring, Rainer; Schmeitzner, Mike (Hg.): Diktaturdurchsetzung

in Sachsen. Studien zur Genese der kommunistischen Herrschaft 1945–1952 (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts 22), Köln/Weimar/Wien 2003, S. 269–296.

#### Rezensionen

Backes, Uwe: Rezension von: Stefan Meining: Kommunistische Judenpolitik. Die DDR, die Juden und Israel, Hamburg 2002. In: Jahrbuch Extremismus & Demokratie, 15/2003, S. 424–425.

Schmeitzner, Mike: Rezension von: Karl Wilhelm Fricke; Peter Steinbach; Johannes Tuchel (Hg.): Opposition und Widerstand in der DDR. Politische Lebensbilder, München 2002. In: Archiv für Sozialgeschichte (online), 43/2003.

Vollnhals, Clemens: Rezension von: Fritz Kieffer: Judenverfolgung in Deutschland – eine innere Angelegenheit? Internationale Reaktionen auf die Flüchtlingsproblematik 1933–1939, Stuttgart 2002. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 05.05. 2003.

Vollnhals, Clemens: Rezension von: Hans Günter Hockerts; Christiane Kuller (Hg.): Nach der Verfolgung. Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts in Deutschland, Göttingen 2003. In: H-Soz-u-Kult vom 13.10. (online), 2003.

Vollnhals, Clemens: Rezension von: Martin Greschat: Die evangelische Christenheit und die deutsche Geschichte nach 1945. Weichenstellungen in der Nachkriegszeit, Stuttgart 2002. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 17.09. 2003.

#### Zeitungsartikel

Backes, Uwe: Operation am offenen Herzen. NPD-Verbot. In: Rheinischer Merkur vom 20.03. 2003, S. 1.

Barkleit, Gerhard: Gegen eine Front der Skepsis, des Unverständnisses und der Opposition. Die Anfänge der systemischen Krebs-Mehrschritt-Therapie nach Manfred von Ardenne. In: Dresdner Neueste Nachrichten vom 19.05. 2003, S. 7.

## 7.4 Vorträge

PD Dr. habil. Uwe Backes

03.03.2003, Halle, 5. Halle-Forum, Regierungspräsidium, wiss. Vortrag: Antifaschismus als ideologische Klammer des „faschistischen Putschversuchs“

16.05.2003, Bitterfeld, Tagung der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt in Kooperation mit dem Bitterfelder Verein „Gegen Vergessen – für Demokratie“, Vortrag politische Bildung: Faschistischer Putsch oder friedliche Revolution? Der Aufstand im Vergleich

05.06.2003, Neuhaus a.d. Pegnitz, 25. Tagung des Veldensteiner Kreises zur Geschichte und Gegenwart von Extremismus und Demokratie, Einführung/Moderation /Tagungsleitung

17.06.2003, Erfurt, Forum der Konrad-Adenauer-Stiftung, Teilnahme an Podiumsdiskussion: Der Schrei nach Freiheit – Der 17. Juni 1953 und der Aufstand in der DDR

05.07.2003, Dresden, Jubiläumstagung des Hannah-Arendt-Instituts, wiss. Vortrag: Varianten des Extremismus

23.08.2003, Prag, KZG-Tagung, wiss. Vortrag: Volksaufstände gegen Diktaturen. Reflexionen und Einsichten

05.09.2003, Schloß Eichholtz, Tagung der Konrad-Adenauer-Stiftung, Vortrag politische Bildung: Antifaschismus: begrifflich-historische Anmerkungen

25.09.2003, Universität Mainz, 22. Wissenschaftlicher Kongress der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft, wiss. Vortrag: Entwicklung und Elemente des Extremismuskonzepts

08.10.2003, Düsseldorf, Fachtagung des nordrhein-westfälischen Landesamtes für Verfassungsschutz, Teilnahme an Podiumsdiskussion: Die Neue Rechte – eine Gefahr für die Demokratie?

09.10.2003, Münster, Internationales Seminar der Polizei-Führungsakademie, wiss. Vortrag: Ist der Linksextremismus am Ende?

06.11.2003, Heimerzheim, Tagung der Schule für Verfassungsschutz, wiss. Vortrag: Ist der Linksextremismus noch eine Gefahr?

12.11.2003, Bukarest, Tagung der asociatia pro democratia in Kooperation mit der Konrad-Adenauer-Stiftung, wiss. Vortrag: Erfahrungen mit „streitbarer Demokratie“ in Deutschland

28.11.2003, Neuhaus a. d. Pegnitz, 26. Tagung des Veldensteiner Kreises zur Erforschung von Geschichte und



Gegenwart von Extremismus und Demokratie, Einführung/Moderation/Tagungsleitung

*Dr. Gerhard Barkleit*

04.04.2003, Dresden, Kino im Dach: Erstaufführung eines Filmes und anschließende Diskussion, Teilnahme an Podiumsdiskussion: Das Ministerium für Staatssicherheit – Alltag einer Behörde

15.11.2003, Berlin, Gemeinsamer Kongress der Leibniz-Societät und der Deutschen Gesellschaft für Kybernetik „Ethik in der Wissenschaft – die Verantwortung der Wissenschaftler“, wiss. Vortrag: Manfred von Ardenne – ein Leben in drei Diktaturen

*Prof. Dr. Dr. Gerhard Besier*

12.02.2003, Mainz, wiss. Vortrag: Verfolgung religiöser Minderheiten unter dem NS-Regime

25.04.2003, Madrid/Pamplona, wiss. Vortrag: La espiritualidad cristiana en la Reforma

07.05.2003, Moskau, Kongress in der Russischen Akademie der Wissenschaften, wiss. Vortrag: The Western Debates on Theories of Church History

16.05.2003, Bad Schussenried, Kongress „Die Kirche im Prozess der Säkularisierung Europas“, wiss. Vortrag: Die Reorganisation der Kirche in Süddeutschland nach der Säkularisation

19.09.2003, New Orleans, GSA-Tagung, wiss. Vortrag: American Liaison Officers to Churches in Germany and Eastern Europe in the 1970s and 1980s

*PD Dr. habil. Lothar Fritze*

09.04.2003, Halle, Buchvorstellung in der Gedenkstätte „Roter Ochse“ Halle, wiss. Vortrag: Recht und Rechtsprechung in der DDR?

21.05.2003, Köln-Bonn, wiss. Vortrag: Marxistisches utopisches Denken und die Moral der Täter

04.07.2003, Dresden, Jubiläumstagung des Hannah-Arendt-Instituts, wiss. Vortrag: Verführung und Rechtsfertigung. Strukturelle Parallelen und inhaltliche Unterschiede zwischen kommunistischer und nationalsozialistischer Weltanschauung

*Dr. Michael Richter*

13.05.2003, Helmstedt, Seminar Politische Bildungsstätte Helmstedt, Vortrag politische Bildung: Sachsen in der Zeit der DDR: „Fünfte Besatzungsmacht?“

13.05.2003, Helmstedt, Seminar Politische Bildungsstätte Helmstedt, Vortrag politische Bildung: Sachsen und die friedliche Revolution von 1989/90

22.08.2003, Tutzing, Deutschland in guter Verfassung? Zur Modernisierung des Bundesstaates, Akademie für politische Bildung Tutzing in Kooperation mit der Kurt-Schumacher-Gesellschaft e. V., Teilnahme an Podiumsdiskussion: Die Rolle der Länder in einem föderalen Gefüge

23.08.2003, Tutzing, Deutschland in guter Verfassung? Zur Modernisierung des Bundesstaates. Akademie für politische Bildung Tutzing in Kooperation mit der Kurt-Schumacher-Gesellschaft e. V., wiss. Vortrag: Föderalismus und der Entstehungsprozess der neuen Bundesländer – Das Beispiel Sachsen

19.09.2003, New Orleans, Panel „Föderalismus und Diktatur. Das Beispiel Sachsens im 20. Jahrhundert“ auf der 27. Jahrestagung der GSA, wiss. Vortrag: Die Neubildung Sachsens 1989/90. Friedliche Revolution und Föderalisierung

18.11.2003, Helmstedt, Seminar mit Bundeswehrangehörigen in der Politischen Bildungsstätte Helmstedt, Vortrag politische Bildung: Sachsen und die friedliche Revolution von 1989/90

18.11.2003, Helmstedt, Seminar mit Bundeswehrangehörigen in der Politischen Bildungsstätte Helmstedt, Vortrag politische Bildung: Sachsen in der Zeit der DDR: „Fünfte Besatzungsmacht?“

10.12.2003, Dresden, Seminar des HAIT, wiss. Vortrag: Zum Verhältnis von Geschichts- und Sozialwissenschaft und zum Auftrag des Hannah-Arendt-Instituts

*Dr. Mike Schmeitzner*

28.01.2003, Dresden, Vortragsveranstaltung im Berufsschulzentrum Bautzner Straße 116 Dresden, Vortrag politische Bildung: Was ist Totalitarismus?

08.03.2003, Berlin, Jubiläumsveranstaltung der Gesellschaft für Deutschlandforschung e. V. (GfD), Teilnahme an Podiumsdiskussion: Wie geht es mit der Deutschlandforschung weiter?

18.03.2003, Dresden, Eröffnung der Ausstellung „Solidarität mit Berlin. Der 17. Juni 1953 in den sächsischen Bezirken“ durch die Sächsische Landeszentrale für politische Bildung, Vortrag politische Bildung: Der 17. Juni 1953 in den sächsischen Bezirken

29.04.2003, Dresden, Vorstellung eines Dokumentarfilms in der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung, Einführung/Moderation/Tagungsleitung: Film-

vorführung und Gespräch zum Dokumentarfilm „Das kurze Leben des Robert Bialek“ (gemeinsam mit Freya Klier)

07.05.2003, Dresden, Buchvorstellung durch das HAIT, den Böhlau-Verlag, den Dresdner Geschichtsverein im Kathedralforum, Einführung/Moderation/Tagungsleitung: Präsentation des Buches „Diktaturdurchsetzung in Sachsen 1945–1952“ durch die Herausgeber Rainer Behring und Mike Schmeitzner

23.05.2003, ZDF, politik & gesellschaft (online), Interview: „Die SPD sollte durch die SED ausgemerzt werden. Zur Zwangsvereinigung von SPD und KPD in Ostdeutschland“

12.06.2003, Hof, Begegnungsseminar zwischen bayerischen und sächsischen Pädagogen, Kooperationsveranstaltung der Akademie für politische Bildung Tutzing und der Sächs. Landeszentrale für polit. Bildung: „Der 17. Juni 1953. Beginn des offenen Widerstandes in der DDR“, Vortrag politische Bildung: Der 17. Juni 1953 in Sachsen. Eine ostdeutsche Perspektive

15.06.2003, Rastatt, gemeinsame Jubiläumsveranstaltung des Bundesarchivs, der Bundeszentrale für politische Bildung und der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg zum 17. Juni 1953, wiss. Vortrag: Der 17. Juni 1953 – nicht nur ein Berliner Ereignis. Vorgeschichte, Verlauf und Rezeption

16.06.2003, Dresden, Abendveranstaltung des Oberbürgermeisters der Stadt Dresden aus Anlaß des 17. Juni 1953, wiss. Vortrag: Der Weg zum Aufstand. Vorgeschichte und Verlauf des 17. Juni 1953

16.06.2003, Niesky, Veranstaltung der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung, wiss. Vortrag: Die ersten zehn Nachkriegsjahre in der Oberlausitz unter sowjetischer Besatzung und SED-Herrschaft

18.06.2003, Dresden, Dokumentation des MDR Fernsehen für die Sendung „Sachsenspiegel Extra“, Interview: Doku über die gesäuberten Landesminister Gerhard Rohner und Reinhard Uhle (Anfang 1950)

04.07.2003, Dresden, Jubiläumstagung des HAIT „Totalitarismus – Extremismus – Utopismus“, wiss. Vortrag: Herrschaft durch Kader. Schulung und Kaderpolitik von NSDAP und KPD/SED in den staatlichen Verwaltungen Sachsens

16.07.2003, Dresden, Vortragsabend der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen, Vortrag politische Bildung: Diktaturdurchsetzung in Sachsen 1945–1952

11.09.2003, Rothenburg/Neiße, Seminar des Bildungswerks für Kommunalpolitik Sachsen e. V. (BKS), Vor-

trag vor Schülern (vormittags): Der 17. Juni 1953 und seine Vorgeschichte

11.09.2003, Rothenburg/Neiße, Seminar des Bildungswerks für Kommunalpolitik Sachsen e. V. (BKS), Weiterbildung für Geschichtslehrer (nachmittags): Der 17. Juni 1953 und seine Vorgeschichte

19.09.2003, New Orleans, 27. Jahrestagung der German Studies Association, wiss. Vortrag: Zwischen Föderalismus und Liquidierung: Sachsen 1945–1952

15.10.2003, Bautzen, Vortragsabend der Gedenkstätte Bautzen, wiss. Vortrag: Diktaturdurchsetzung in Sachsen 1945–1952

08.11.2003, Otzenhausen, Internationale DDR-Forschertagung vom 6.-9.11.2003 in der Europäischen Akademie Otzenhausen, wiss. Vortrag: Ein deutscher Tschechist der ersten Stunde: Sepp Gutsche und der Aufbau des Staatssicherheitsapparates in der SBZ/DDR

20.11.2003, Dresden, Tagung des HAIT: Sowjetisierung oder Neutralität? Optionen sowjetischer Besatzungspolitik in Deutschland und Österreich 1945–1955, Einführung/Moderation/Tagungsleitung Panel II: Besatzungsmacht UdSSR

21.11.2003, Dresden, Tagung des HAIT: Sowjetisierung oder Neutralität? Optionen sowjetischer Besatzungspolitik in Deutschland und Österreich 1945–1955, wiss. Vortrag: Parteien, Gewerkschaften, Massenorganisationen in Deutschland

24.11.2003, Plauen, Seminar der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen: Sachsen unter dem Nationalsozialismus, Vortrag politische Bildung: Ausschaltung – Verfolgung – Widerstand. Die Gegner des NS-Regimes in Sachsen

*Dr. Clemens Vollnhals M.A.*

10.01.2003, Görlitz, Internationales Kolloquium des MEZ an der TU, wiss. Vortrag: Jüdisches Leben in Sachsen: Von der Emanzipation zur Deportation

20.01.2003, Oschatz, Klosterkirche, Moderation der Buchvorstellung: Der Kreis Oschatz in der friedlichen Revolution 1989/90

29.01.2003, Dresden, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Vortrag politische Bildung: Der Aufstieg des Nationalsozialismus in Sachsen

28.02.2003, Göttingen, Tagung des Max-Planck-Instituts für Geschichte, wiss. Vortrag: Anwalt des Volkes oder Trutzburg des Nationalsozialismus? Die evangelische Kirche nach 1945

04.07.2003, Dresden, Jubiläumstagung des Hannah-Arendt-Instituts, wiss. Vortrag: Ausgrenzung und Verfolgung: Juden in Sachsen

19.09.2003, New Orleans, German Studies Association, wiss. Vortrag: Die Westarbeit des Ministeriums für Staatssicherheit

21.09.2003, New Orleans, German Studies Association, Moderation der Sektion: Die DDR zwischen Moskau und Bonn 1949–1989

21.11.2003, Dresden, Tagung des HAIT, wiss. Vortrag: Internierung, Entnazifizierung und Strafverfolgung von NS-Verbrechen in der SBZ

*Thomas Widera M.A.*

08.11.2003, Otzenhausen, Internationale DDR-Forschertagung, wiss. Vortrag: Die DDR-Bausoldaten im Herrschaftssystem der SED

## 8. Technische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

### Sekretariat



Hannelore Georgi

### Haushalt



Ingeborg Gäbler

### EDV und Publishing



Walter Heidenreich



Christine Lehmann

### Bibliothek



Claudia Kegel



Gabriele Schmidt

## 9. Bibliothek

Die Bibliothek des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung ist eine wissenschaftliche Spezialbibliothek. Vorrangig werden die Informationsbedürfnisse der Mitarbeiter des Hauses bedient, sie steht aber auch Studierenden und anderen Interessierten ab dem 18. Lebensjahr als Präsenzbibliothek zur wissenschaftlichen Nutzung zur Verfügung.

Der Bibliotheksbestand in Freihandaufstellung umfasst derzeit ca. 36.100 Bände, 140 laufende Zeitschriftentitel sowie zahlreiche Nachschlagewerke in gedruckter und elektronischer Form.

Die Sammelschwerpunkte der Bibliothek orientieren sich an den Forschungsgebieten des Instituts. Vorrangig findet man Literatur zur Geschichte ab 1918, insbesondere zu den Themen:

- Geschichte der NS-Diktatur
- Geschichte des italienischen Faschismus
- Geschichte der Sowjetunion
- Geschichte der SBZ/DDR
- Geschichte des deutschen Wiedervereinigungsprozesses 1989 ff.
- Politischer Extremismus.

Der Bestand der Bibliothek ist über diverse elektronische Kataloge über das Internet abrufbar. Die Monographien sind sowohl über den Online-Katalog auf der Homepage des Instituts (<http://www.tu-dresden.de/hait/bibliot.htm>) als auch über den Südwestdeutschen Bibliotheksverbund abrufbar (<http://www.bsz-bw.de/CGI/cgi-bin/opacform.cgi>). Ebenfalls auf der Bibliothekshomepage existiert ein Link zum elektronischen Zeitschriftenbestandsverzeichnis und zum aktuellen Neuerwerbungsverzeichnis. Hier erhält man Auskunft über die im vergangenen Monat erworbenen Bände, wobei die Erfassung ein bis zu drei Jahren zurückliegendes Erscheinungsdatum berücksichtigt. Alle Kataloge und Bestandsverzeichnisse werden ständig auf den neuesten Stand gebracht.

Die Bibliothek befindet sich im Tillichbau der Technischen Universität Dresden, Helmholtzstraße 6. Im Semester ist sie von Montag bis Freitag von 9.00 Uhr bis 16.00 Uhr, am Mittwoch 9.00 bis 19.00 Uhr geöffnet. In der vorlesungsfreien Zeit sind die Bestände von Montag bis Freitag von 9.00 Uhr bis 16.00 Uhr zugänglich.

## 10. EDV und Internet

Die EDV des Instituts hat die Aufgabe, den Mitarbeitern zeitgemäße Computerarbeitsplätze mit Internetrecherche-Möglichkeiten zur Verfügung zu stellen. Dafür sind die Computer im Kernbereich Tillichbau vernetzt, und das Netz ist über einen Firewall an das Campusnetz der Technischen Universität Dresden angeschlossen. Das Institut ist Mitnutzer des Deutschen Wissenschaftsnetzes (Win) über die Technische Universität. Die Bibliothek des Instituts ist in das Netz integriert. Die bisherige ISDN-Verbindung zur Außenstelle Schumannstraße wurde 2003 außer Betrieb genommen. Eine neue Anbindung ist 2005 nach Einrichtung der Räume als Archiv vorgesehen.

### *Netzwerk*

Das Netzwerk des Instituts, das in den Jahren 2001 und 2002 auf Sternverkabelung mit zentralen GBit-Glasfaserverbindungen und 100 Mbit-Anbindungen der Arbeitsstationen ausgebaut wurde, erhielt 2003 zwei neue Server für Datendienste (GBit-Verbindung) sowie Internet- und Mail-Dienste (vier parallele 100 Mbit-Verbindungen). Als Netzbetriebssystem wurde Windows 2000 eingeführt. Der Internetserver läuft auf dem Microsoft-IIS, auf dem auch der OPAC des Bibliothekssystems (Bond) basiert.

### *Retrival-Datenbanksystem Faust 5*

Nachdem seit Jahren zur Verwaltung von Dokumenten das System Lidos der Fa. Land-Software im Einsatz war, wurde 2003 auf das System Faust 5 der gleichen Firma erweitert. Das neue System erlaubt auch die Verwaltung digitalisierter Bild- und Textdokumente.

### *HAIT Homepage*

Die Web-Seiten des Instituts werden auf dem TU-Webserver (statische Seiten) sowie auf dem institutseigenen Webserver (dynamische Seiten) gehalten und laufend aktualisiert. Über die Seiten werden Veranstaltungen des Instituts sowie Neuerscheinungen angekündigt. Es wird ein Überblick über die Mitarbeiter, Forschungsprojekte, Publikationen und Lehrveranstaltungen gegeben. Der Bibliothekskatalog sowie der Zeitschriftenbestand sind online recherchierbar.

## 11. Gremien

### Leitung:

Direktor:

Prof. Dr. Dr. Gerhard Besier

Stellvertretende Direktoren:

PD Dr. Uwe Backes; Dr. Clemens Vollnhals

### Kuratorium:

Vorsitzende:

Friederike de Haas, MdL (vom Sächsischen Landtag bestimmte Abgeordnete)

Stellvertretende Vorsitzende:

Ministerialrätin Dr. Eva Wiese (Vertreterin des Sächsischen Ministeriums für Wissenschaft und Kunst)

Mitglieder:

Michael Beleites (vom Sächsischen Landtag benannt)

Prof. Dr. Wolfgang Marcus (von der Mitgliederversammlung gewählter Sachverständiger)

Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Oberreuter (von der Mitgliederversammlung gewähltes Mitglied des Vereins)

Prof. Dr. Gilbert Merlio (Vertreter des Wissenschaftlichen Beirates)

Alfred Post (Vertreter der Technischen Universität Dresden)

### Wissenschaftlicher Beirat:

Vorsitzender:

Prof. Dr. Gilbert Merlio

Mitglieder:

Prof. Dr. Helmut Altrichter; Prof. Dr. Günther Heydemann; Prof. Dr. Eckhard Jesse; Prof. Dr. Monika Medick-Krakau; Prof. Dr. Horst Möller; Prof. Dr. Miklos Tomka; Prof. Dr. Andreas Wirsching

### Mitglieder des Vereins:

Michael Beleites; Dr. Uwe Grüning, MdL; Prof. Dr. Manfred Heinemann; Dr. Günter Kröber; Dr. Wolf-Dieter Legall; Prof. Dr. Wolfgang Marcus; Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Oberreuter; Prof. Dr. Werner J. Patzelt; Dr. Matthias Rößler, MdL; Sächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst (vertreten durch Ministerialrätin Dr. Eva Wiese)

## 12. Personal und Finanzen (2003)

Wissenschaftliche Mitarbeiter	Technische Mitarbeiter	Wissenschaftliche Hilfskräfte	Studentische Hilfskräfte	Stipendiaten	Praktikanten
Backes, Uwe	Gäbler, Ingeborg	Anger, Tanja	Balkowski, Anja	Hamelrath, Edward	Englisch, Sandra
Barkleit, Gerhard	Georgi, Hannelore	Schmidt, Carsten	Buchwald, Adrienne	Kwiatkowski, Tina	Gerlach, Julia
Behring, Rainer	Heidenreich, Walter	Westfeld, Bettina	Langhammer, Saskia	Lainault, Anne	Kliese, Hanka
Besier, Gerhard	Kegel, Claudia		Malcomeß, Holger	Reinhardt, Arnd	Rüdrich, Romy
Fritze, Lothar	Lehmann, Christine		Merten, Kerstin	Weil, Francesca	Schanbacher, Ansgar
Lindemann, Gerhard	Schmidt, Gabriele		Piefel, Matthias		Stange, Jennifer
Piombo, Grazia F.			Richter, Franziska		Steinke, Susanne
Richter, Michael			Steglich, Henrik		
Schmeitzner, Mike			Sturm, Constanze		
Schneider, Michael					
Vollnhals, Clemens					
Widera, Thomas					

Das Haushaltsvolumen des Instituts betrug 2003 rund 1,16 Mio. €, ca. 94 Prozent dieser Summe entfielen auf Zuwendungen des Freistaates Sachsen, ca. 5 Prozent auf Drittmittel.

# Veröffentlichungen aus dem HAIT bei V&R



## **Totalitarismus und Demokratie / Totalitarianism and Democracy**

Zeitschrift für  
Internationale Diktatur-  
und Freiheitsforschung /  
An International Journal  
for the Study of  
Dictatorship and Liberty

Erscheint 2x im Jahr, je Heft  
etwa 180 Seiten, kartoniert

**50% Nachlass  
im 1. Abojahr!**

Jahresbezugspreis € 49,- D

Jahresbezugspreis für Studierende € 39,- D

Probeabonnement für ein Jahr € 24,50 D

Probeabonnement für Studierende € 19,50 D

Einzelheftpreis € 29,90 D

ISSN 1612-9008

*Totalitarismus und Demokratie / Totalitarianism and Democracy (TD)* ist eine neue Zeitschrift, die sich als internationale Drehscheibe der vergleichenden, historischen wie gegenwartsorientierten Erforschung nicht-demokratischer Systeme und Bewegungen versteht. Ausgehend von den beiden deutschen Diktaturen des 20. Jahrhunderts sollen Entstehungsbedingungen, Funktionsweisen und Auswirkungen autokratischer Systeme im europäischen und außereuropäischen Raum vergleichend analysiert werden. Darüber hinaus sind historisch-politische, sozialpsychologische und kulturelle Konstellationen, Bedingungen und Dispositionen zu ergründen, die Geist und Wirklichkeit freiheitlich-demokratischer Gesellschaften fördern.

Die Zeitschrift versteht sich als ein Forum interdisziplinären Austauschs zwischen Historikern, Politikwissenschaftlern, Soziologen, Psychologen, Pädagogen, Religionswissenschaftlern und Philosophen.

Herausgegeben von Gerhard Besier.

Beirat: Michael Burleigh (London) / Stéphane Courtois (Paris) / Emilio Gentile (Rom) / Eckhard Jesse (Chemnitz) / Peter Graf Kielmansegg (Mannheim) / Juan J. Linz (Yale) / Werner J. Patzelt (Dresden) / Kurt Salamun (Graz) / Hans-Peter Schwarz (München).

### **1. Jahrgang 2004**

Heft 1: Herausforderungen der Demokratie (April 2004)

Heft 2: Totalitarismus – Konzepte und Kontroversen  
September 2004

Michael Richter

## **Die Bildung des Freistaates Sachsen**

Friedliche Revolution, Föderalisierung, deutsche Einheit  
1989/90

Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung,  
Band 24.

2004. Ca. 704 Seiten mit einer CD-ROM, gebunden

ca. € 64,- D

ISBN 3-525-36900-X

Erscheint im September 2004

Am 3. Oktober 1990 verschwand die DDR von der politischen Landkarte. An ihre Stelle traten fünf neue Bundesländer, darunter der »Freistaat Sachsen«, um dessen Neubildung es 1990 zu erbitterten Auseinandersetzungen kam. Bundes- und DDR-Regierung, Sachsens Partnerländer Baden-Württemberg und Bayern, regionale Akteure, alte und neue Kräfte, aber auch die Bezirke untereinander, rangen um Einfluss auf die Landesbildung.

Michael Richter analysiert die Entstehungsgeschichte dieses neuen Bundeslandes aus historischer Sicht und bietet in einer materialreichen Sammlung einen detaillierten Überblick über die Länderbildungspolitik dieser Zeit. Die bislang ungewohnte Perspektive eines Fortgangs von Auseinandersetzungen der friedlichen Revolution bis zum Herbst der deutschen Einheit führt zu veränderten Sichtweisen auf einen Transformationsprozess, der zwar Systemgrenzen überschritten hat und doch im Sinne bundesdeutscher Orientierungen Ziel gerichtet verlaufen ist.

### **Weitere Informationen:**

Vandenhoeck & Ruprecht, Geschichte, 37070 Göttingen

<http://www.v-r.de>

[info@v-r.de](mailto:info@v-r.de)

**V&R**  
Vandenhoeck  
& Ruprecht

# Neue Geschichte • Judenverfolgung

Harald Schmid

## **Antifaschismus und Judenverfolgung**

### Die »Reichskristallnacht« als politischer Gedenktag in der DDR

Berichte und Studien, hg. vom Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e. V., Band 43

etwa 176 Seiten, kartoniert

etwa € 16,80 D / € 17,40 A / SFr 30,60

ISBN 3-89971-146-7

Erscheint im April 2004

Die DDR wollte in der Systemauseinandersetzung mit der Bundesrepublik die bessere, die antifaschistische deutsche Republik sein. Doch die Realität stand zu diesem ideologischen Selbstbild in kontinuierlicher Spannung, denn Antifaschismus wurde in der diktatorisch geprägten Erinnerungskultur machtpolitisch buchstabiert. Als Beitrag zur kritischen Historisierung des SED Antifaschismus untersucht der Autor den Umgang mit der NS-Judenverfolgung am Beispiel der öffentlichen Erinnerung an das Novemberprogrom von 1938. Als Beitrag zur kritischen Historisierung des SED-Antifaschismus untersucht der Autor den Umgang mit der NS-Judenverfolgung am Beispiel der öffentlichen Erinnerung an das Novemberpogrom von 1938. Er zeigt die wechselhafte Bedeutung dieses Datums im politischen Gedenkkalender der DDR. So hatte die Progromerinnerung lange nur einen geringen politischen Stellenwert, zu sehr störte sie das kommunistische Geschichtsbild, in der nicht jüdische »Opfer des Faschismus«, sondern primär kommunistische »Kämpfer gegen den Faschismus« im Mittelpunkt der Gedenkpolitik standen. Die Studie arbeitet den Wandel

der politischen Funktion des Gedenktages und der Akteure des Gedenkens – vor allem des Staates, der Jüdischen Gemeinden und der Evangelischen Kirchen – heraus.

War er im Kalten Krieg ein propagandistisches Mittel der SED zur deutschlandpolitischen Funktionalisierung, wurde er im letzten Jahrzehnt der DDR wesentlicher Teil der langsamen und aus unterschiedlichen Interessenlagen motivierten, übergreifenden geschichtspolitischen Öffnung. Am Ende kam dies nicht nur einer informellen Neudefinition des Antifaschismuskonzepts nahe, sondern markierte im Kontext der am 50. Jahrestag 1988 in beiden Teilen Deutschlands zu beobachtenden singulären Welle des Gedenkens gewissermaßen den erinnerungskulturellen Vorschein des 9. November 1989.

Der Autor

Dr. phil. Harald Schmid ist Lehrbeauftragter am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Hamburg.

Weitere Informationen:

v&r-unipress

Robert-Bosch-Breite 6, 37079 Göttingen

<http://www.vr-unipress.de>; [info@vr-unipress.de](mailto:info@vr-unipress.de)

